

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 8/9, und durch Postbestellungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50, pro Woche 38 Pf. Durch die Post bezogen M. 1.50, frei im Haus M. 1.98, wo keine Post vom Ort, M. 2.24.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Das Verlagsrecht für die nächste Nummer ist für den 1. September 1910 an die Expedition abgegeben worden.

Telephon Redaktion 3141. Organ für die werktätige Bevölkerung. Telephon Expedition 1204.

Nr. 224. Breslau, Sonnabend, den 24. September 1910. 21. Jahrgang.

Die Metallindustriellen beschließen die Generalausperrung!

Der Ausschuss des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen beschloß in seiner am Donnerstag Nachmittag abgehaltenen Sitzung, die Gruppe Seeschiffswerften mit einer Gesamtausperrung der Metallarbeiter zu unterstützen, und zwar derart, daß beginnend mit dem 8. Oktober 60 Prozent aller in den Betrieben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beschäftigten Arbeiter ausgesperrt werden sollen. Betroffen würden davon 800.000—420.000 Arbeiter.

Vorher sollen jedoch mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes Verhandlungen gepflogen werden und, falls diese Verhandlungen zu einem Resultat führen, unterbleibt die Ausperrung. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich am Montag, den 26. September, beginnen.

Der Verband der Metallindustriellen Leipzigs beschloß mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Ausperrung der Metallarbeiter Erhebungen darüber anzustellen, welchen Organisationsformen die Arbeiter angehören. Die von Arbeitern vorzulegenden Fragen lauten: 1. Sind Sie Mitglied irgendeiner Arbeiterorganisation? 2. Welchem Verband gehören Sie an? Wer von den Arbeitern ungenügende Angaben macht, soll ohne weiteres dem deutschen Metallarbeiterverbande zugezählt werden und soll die hieraus entstehenden Konsequenzen tragen.

Die Ergebnisse der Reichsfinanzreform.

Der Hansabund stellt auf Grund der amtlichen Zahlen noch einmal fest, daß die seinerzeit so lebhaft gepriesene Rentabilität der Finanzreform in keiner Weise mit der rauhen Wirklichkeit übereinstimmt. Die Erträge der neuen Einnahmequellen sind weit hinter den von der Kommission und der Reichstagsmehrheit verkündeten Erwartungen zurückgeblieben. Schon daß die Gesamteinnahme in dem ersten Etat, in welchem die neuen Steuern voll zur Geltung kommen sollten, nur zu $\frac{2}{7}$ (nach den Worten des Reichsfinanzsekretärs) eingestellt wird, ist ein bedenkliches Zeichen. Aber nicht einmal diese Summe wird nach den bisherigen authentischen Ergebnissen einkommen, wenn die einlaufenden Beträge sich auf der bisherigen Höhe weiter halten sollten. Das Ergebnis der neuen bezw. erhöhten Steuern zu den erwarteten Erträgen stellt sich nämlich vom 1. April bis Ende August ungefähr folgendermaßen:

Benennung der Steuer	Veranschlagte Einnahme	Tatsächliche Einnahme v. 1. April bis Ende August (5 Monate)	Voranschätzlicher jährlicher Ertrag
Reichsmittelsteuer (neu)	15	3,42	8,2
Rindwaresteuer (neu)	15	5,05	12
Schiffsteuer (neu)	7,5	1,50	3,6
Umsatzsteuer bei Grundstücks-Übertragungen (neu)	25,5	18,29	48,8
Branntweinsteuer (erhöht)	180	55,88	133,6
Biersteuer (erhöht)	111,5	42,58	102
Tabaksteuer (erhöht)	14,4	4,29	10,3
Kigareitensteuer (erhöht)	23,7	9,23	22
Wechselsteuer (erhöht)	20	7,75	18,6
Schaumweinsteuer (erhöht)	10,2	4,11	9,8

Außer der Umsatzsteuer für Grundstücksübertragungen haben demnach sämtliche Steuern, die neuen ebenso wie die durch die Finanzreform erhöhten, einen zum Teil recht erheblichen Minderertrag gegen den sehr vorsichtig aufgestellten Etat ergeben. Bisher sind die tatsächlichen Einnahmen hinter dem Etatsanlaß um 18 Millionen Mark zurückgeblieben; es muß also für das ganze Etatsjahr mit einem Ausfall von 48 Millionen Mark gerechnet werden, falls die Einnahmen sich nur auf der bisherigen Höhe halten. Und dies alles gegenüber einem Etat, welcher die neuen Steuern nur zu $\frac{2}{7}$ eingestellt hat.

Der Reichsfinanzminister hat seit seiner Rückkehr aus Rom eine Reihe von verschiedentlich Konferenzen mit seinen Ministerkollegen und den Staatssekretären abgehalten, über deren Resultat bisher noch nichts an die Öffentlichkeit gebrungen war. Wie die Scharfpresse jetzt aus zuverlässiger Quelle zu melden weiß, soll das Ergebnis der vielstündigen Besprechungen sein, daß von dem Versuch, neue Reichssteuern auszuschreiben, mindestens vor den Reichstagswahlen des nächsten Herbstes Abstand genommen wird. Man wird mit der größtmöglichen Sparsamkeit auskommen suchen. Die Vorarbeiten zur Aufstellung des nächsten Reichsetats sind noch nicht abgeschlossen. Gegenwärtig sind erst die einzelnen Etats mit der vom Reichsfinanzminister vorgenommenen Abänderung an die betreffenden Ressorts zurückgelangt, die nun ihrerseits dazu noch Stellung zu nehmen, die Abträge entweder zu genehmigen oder sie ganz oder teilweise zu bekämpfen haben. Dann erst, wenn dieses Stadium durchlaufen ist, kann der Reichshaushaltsetat für 1911 endgültig aufgestellt und an den Bundesrat gebracht werden. Es läßt sich also gegenwärtig die Gestaltung des neuen

Etats noch nicht mit Sicherheit übersehen. Das Bestreben des Reichsfinanzministers soll nach wie vor dahin gehen, eine Bilanzierung des Etats herbeizuführen. Ob dies möglich sein wird, ist allerdings höchst fraglich. Für schlechthin unmöglich hält man es aber im Reichsfinanzamt noch immer nicht. Sicher ist also vor der Hand nur soviel: Neue Reichssteuer-Vorlagen sind bis auf weiteres nicht zu erwarten und nahezu ausgeschlossen.

Nicht vor den nächsten Wahlen! Also nachher! Die Wähler werden dafür zu sorgen haben, daß das Utentat auf ihre Beutel auch nachher abgeschlagen wird; durch Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten.

Arbeitswillige Holzhändler.

Durch ein Verbot des Streikpostensiehens, für das neuerdings das Scharfmacherium wieder sehr eifrig Stimmung zu machen sucht, soll der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen werden, Arbeitsuchenden Aufklärungen über die Ursache eines Streiks oder einer Ausperrung zu geben und Streikbrechern die Notwendigkeit der Solidität klar zu machen. Dieselben Kapitalistenklingen, die durch derartige Verbote das schon so einengende Koalitionsrecht der Arbeiterschaft ganz beseitigen möchten, nehmen aber für sich das Recht in Anspruch, mit allen nur erdenklichen Mitteln gegen Unternehmer vorzugehen, deren Haltung in irgendwelchen Dingen ihr Mißfallen erregt hat. Wie ungeniert Unternehmervereinigungen in solchen Fällen vorgehen, läßt auch eine Erklärung erkennen, die in diesen Tagen die „Vereinigung am Berliner Holzhandel beteiligter Firmen“ in der Handelspresse veröffentlicht. Es heißt darin:

„Der Berliner Flachholzhandel ist während des Sommers dieses Jahres von erneuten Zahlungseinstellungen heimgesucht worden. Die Firmen Schindler u. Weichert, Hemken u. Schale, Moritz Dobrin und E. Deene sind in Konkurs gegangen und namentlich die Gläubiger der letztgenannten drei Firmen stehen trotzlosen Konkursmassen gegenüber, die im Durchschnitt kaum 10 Prozent Quote ergeben dürften. Aus den Kreisen unserer Vereinnahmungsmitglieder werden wir aufmerksam gemacht, daß inmitten des Konkursverfahrens und inmitten von Festsetzungen, die strafrechtliche Verfolgung bewirken, sich die Inhaber jener Firmen teilweise, neue Unternehmungen in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu errichten. Sie haben ihre Holdingsager von den Konkursverwaltern gegen bare Verzinsung zurückgekauft und auch bereits neue Gesellschaften gegründet. Der Charakter der neuen Unternehmungen ist, daß Weichert, von der Firma Schindler u. Weichert, wegen Weicherts fiktiv als Geschäftsführer fungiert. Moritz Dobrin hat innerhalb dreier Jahre zweimal in neue Zahlungen eingestiegen, die Firma Hemken u. Schale hat in unverantwortlicher Weise eine überaus große Schuldenlast kontrahiert.“

Zur Wahrung des durch beratige Vorkommisse ersichtlichen Ansehens des Berliner Flachholzhandels gibt die Vereinigung in Verbindung mit der unparteiischen Interessenten hiermit allen Holzlieferanten, Holzverarbeitern und Holzagenten dieses zur Kenntnis und bittet sie demgemäß ihr ferneres Verhalten jenen und ähnlichen Reueinrichtungen gegenüber einzurichten.“

Wenn die Handlungen jener Firmen, die geschäftlich Schiffbruch erlitten haben, ein derartiges Vorgehen der Holzhandlervereinigung rechtfertigen, was muß dann der Arbeiterschaft zugestanden werden, damit sie sich berichtigte Streikbrecherelemente vom Hals halten kann. Aber was für das Unternehmertum als selbstverständliches Recht gilt, soll nach seinem Willen für die Arbeiter als strafwürdiges Verbrechen verboten bleiben und werden.

Politische Ueberblick.

Strömungen im Bürgertum.

Je näher der Kasseler Parteitag der Nationalliberalen rückt, desto lebhafter werden die Stimmen von rechts und links, die sich zur Geltung zu bringen und die Entscheidung der Partei in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchen. Die Schwerindustrie und der sie vertretende rechte Flügel des Nationalliberalismus machen die allergrößten Anstrengungen. So hat der Hamburger nationalliberale Reichstagswahlverein beschlossen, seinen Delegierten zum Kasseler Parteitag die Direktive zu geben, dahin zu wirken, daß die Parole für die nächsten Reichstagswahlen laute: „Der Kampf richtet sich vor allem und in erster Linie gegen die Sozialdemokratie.“ Mit den nationalen Parteien ist der Kampf so zu führen, daß ein Zusammengehen bei den Stichwahlen ermöglicht wird. Die nationalliberale Vertrauensmännerversammlung des Hessischen Wahlkreises Worms-Heppenheim sprach sich für Friedensverhandlungen mit dem Bunde der Landwirte aus. Ähnliche Vorgänge machen sich an verschiedenen Orten bemerkbar. Von den Jungliberalen hört man aber dabei nichts oder sehr wenig.

Während so die nationalliberale Partei Anstalten macht, auf die Linie der Bethmann'schen Sammelpolitik einzuschwenken, veröffentlicht Dr. J. Bernicke, Mitglied des Präsidiums des Hansabundes, im „Tag“ einen Artikel, der sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen den Versuch wendet, den Hansabund für die Zwecke der Schwarz-Blauen einzufangen. Im Sinn des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hatte jüngst Herr Steinmann-Bücher im selben Blatt die Sammlung zum Kampfe „gegen die Demagogie“ gepredigt. Gegen ihn wendet sich nun Dr. Bernicke mit folgenden Ausführungen:

„Also die Bethmann'sche Sammelpolitik! Der Hansabund soll der Handlanger des Reichsbundes gegen die Sozialdemokratie werden. Nein, Herr Steinmann-Bücher! Wenn der Hansabund, diesen ungeschulten Heifer heilige, dann wird er

er allerdings sehr bald tot, denn da der Reichsbund gegen die Sozialdemokratie ja schon alle die augstlichen Gemüter, die vor Angst und Viehmeterei nicht mehr wissen, in welches Maulloch sie kriechen sollen, um sich gesammelt hat, so wäre der Hansabund damit auf trockenem Gebiet und würde an Aufhebung und Mitgliederschaft und Kerben zu verlieren. Wenn der Hansabund seine Frontstellung gegen die Demagogie auf dem rechten Flügel ändern und sich immer mehr gegen links neigen würde, dann würde er den größten Teil seiner Mitglieder aus Handel und Gewerbe und aus den Kreisen der Angestellten unbedingt verlieren. Er hätte dann überhaupt keinen Zweck mehr... Würden die Massen des deutschen Bürgertums diesen Rattenkäsegerichten folgen und durch das Zusammengehen mit den Konservativen sich selbst die agrarische Randare immer fester anziehen, dann würde allerdings das Wort zutreffen: nur die allergrößten Käber wählen ihren Weg selber, dann wäre dem Bürgertum eben nicht zu helfen.“

Herr Bernicke versichert zum Schluß, daß seine Ausführungen dem Standpunkt der großen Mehrheit der Mitglieder des Hansabundes entsprechen. Es tritt hier also wieder der altbekannte Gegensatz zutage, der zwischen dem Hansabund und seinem körperschaftlichen Mitgliede, dem Zentralverband deutscher Industrieller, besteht. Herr Bernicke ist gegenüber dem Zentralverband sicher darin im Recht, daß für die agrarische Scharfmacherpolitik keine Massen zu gewinnen sind. Der Zentralverband steht noch immer auf dem Standpunkt, daß der Geldsack allein alles vermag. Der Hansabund hat von den Methoden der westeuropäischen Politik mehr gelernt, er wird daher sobald die schließlich unvermeidliche, wenn auch vielleicht erst nach den nächsten Wahlen erfolgende Schwankung nach rechts eintritt, der gefährlichere Gegner sein.

Die Schwankungen in den nationalliberalen Reihen.

Der nationalliberale Reichstagswahlverein in Hamburg gab seinen Vertretern zum nationalliberalen Parteitag eine Resolution mit, die für die Reichstagswahlen den Kampf gegen die Sozialdemokratie unter allen Umständen verlangt. Mit den „nationalen“ Parteien soll der Kampf so geführt werden, daß das Zusammengehen in der Stichwahl nicht gefährdet wird.

Nicht man in Betracht, daß in Worms ähnliche Wünsche laut wurden, so darf man auf dem Parteitag in Kassel auf scharfe Kämpfe rechnen. Der freikonservative Flügel der Nationalliberalen hat sogar eine eigene Korrespondenz herausgegeben, von der die nationalliberale Geschäftsstelle in Frankfurt a. M. dem „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Es muß öffentlich festgestellt werden, daß die nationalliberale Partei mit dieser im Stille des Reichsbundes gegen die Sozialdemokratie redigierten Korrespondenz nicht das mindeste zu tun hat. Da die Korrespondenz den Zeitungen kostenlos zugesandt wird, und honorarlos benutzt werden darf, so muß man sich unwillkürlich fragen, wer der unbekannt Philanthrop ist, der Druck-, Papier-, Redaktions- und Postkosten an diese Sache trägt? Kennen der politischen Verhältnisse wird die Antwort hierauf nicht schwer fallen.“

Der unbekannt Philanthrop ist der Leberkönig Seyl zu Herrnsheim, der die Nationalliberalen noch reaktionärer machen möchte, als sie ohnehin bereits sind.

Ein Vorschlag zur Güte. Die ultramontane „Donnerzeitung“ in Vassau, das Organ des Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Schiller, bringt das Sparartikelbedürfnis im Reich mit der Todesstrafe in Verbindung. Im Anschluß an eine Betrachtung darüber, daß sich der Juristentag für die Verbeibaltung der Todesstrafe ausspricht, meint das christlich-fromme Blatt:

„Wenn dann noch etwas weniger von dem Begründungsrechte Gebrauch gemacht wird, was doch nur zu Lasten der Steuerzahler geht, wird es schon wieder besser werden.“

Wirklich sehr christlich! Damit die Steuerzahler Geld sparen, soll mehr geköpft werden!

Konservative Resurrektion. Der vor kurzem gegründete konservative Verein in Frankfurt a. M. hielt Dienstag Abend seine erste Versammlung ab, in der projektiert wurde gegen die internationale Rundgebung, die die Sozialdemokratie vorige Woche in Frankfurt veranstaltet hatte.

Es wurden dann mehrere Referate über die politische Lage usw. gehalten, in denen die Konservativen versuchten, ihren Widerstand gegen die Landtagswahlreform zu verteidigen. Es wurde u. a. gesagt, daß die Konservativen nichts gegen die Landtagswahlreform einzubringen hätten, wenn wir eine nationale Arbeiterpartei hätten. Es wurde dann in eine Diskussion eingetreten, in der aber nur laienhafte Leute das Wort erhielten. Einem nicht zur sozialdemokratischen Partei gehörigen Arbeiter, der von der Kollage der Arbeiter sprechen wollte, wurde das Wort entzogen, ebenso einem anderen Arbeiter, der sich darüber wunderte, daß man in einem Ton das Christentum empfehle und das Judentum bekämpfe. Die Versammlung endete mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser.

Die Berliner Landtagswahlreform. Drei Kandidaten werden im dritten Berliner Landtagswahlkreis angefochten werden. Neben der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie will auch die demokratische Vereinigung einen Kandidaten präsentieren. Die Ereignisse sind notwendig geworden, weil der bisherige Abgeordnete Dr. Müller-Sagan sein Mandat niedergelegt hat. Ueber die Namen der Kandidaten ist allerdings noch nichts bekannt.

Nationalliberal-konservativer Bündnis. Im Wahlkreis Trier-Saarburg ist für die kommende Reichstagswahl der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Schilleret angetreten worden, für den auch die Konservativen und der Bund der Landwirte einstehen werden. Bisher freilich ist dieser Kreis noch im Besitz der Fortschrittlichen, die fortgesetzt einen Zusammenschluß des nationalliberalen und konservativen Elements anstreben. In Trier-Saarburg allerdings haben ihnen die Nationalliberalen den Stuhl vor die Tür gesetzt.

Veteranen-Stand. Eine in Leipzig bestehende Vereinigung, die sich die Unterstützung besessener Veteranen angelegen sein läßt, hat festgestellt, daß das Einkommen der von ihr unterstützten Veteranen für Durchschnitt pro Monat beläuft 34,11 Mk. betragen, während

das niedrigste auf 15.81 Mt. sanken" wurde. Hierbei wird auch...
wichtig bemerkt, daß fast alle Verhältnisse günstig erwirkungsfähig
waren und zum Teil auch Armenunterstützung bringen, die bereits
im obigen Einkommen mit enthalten ist. Aber für Veteranen-
Pensions ist kein Geld da — nur für Hilflosen-Erhaltung.

Vorbildungspflicht in Preußen. Dem Landtag
wird im Winter ein Gesetzentwurf betr. Einführung der allgemeinen
Vorbildungspflicht für alle gewerblichen Arbeiter unter achtzehn
Jahren vorgelegt. Der Entwurf ist bereits fertiggestellt. In allen
Dingen, die am 1. Dezember dieses Jahres mehr als 10,000 Seelen
abgeben, soll die Vorbildungspflicht für jugendliche gewerbliche
Arbeiter eingeführt werden. Die Schulen sind von den Gemeinden
zu errichten und zu unterhalten und dürfen den bestehenden
Vollschulen angegliedert werden, in den meisten Fällen wird auch
das Lehrpersonal der Fortbildungsschule dem Lehrpersonal der
Vollschule zu entnehmen sein. Die Staatsregierung steht aber da-
von ab, die Schulpflicht auch auf jugendliche Arbeiterinnen einzu-
führen, da angeblich die Verhältnisse für einen solchen Schritt
noch nicht reif sind. Auch seien die Gemeinden mit Ausgaben ge-
nügend belastet.

Oberbürgermeister Cuno, der bisherige Vertreter des Reichs-
tagswahlkreises Posen-Schweleten, wird bei der nächsten Reichs-
tagswahl nicht wieder kandidieren. Sein Rücktritt von der Kandi-
datur wird damit begründet, seine hauptamtliche Tätigkeit ermöglicht
ihm nicht eine uneingeschränkte Wahrnehmung des Mandats.

Amtsübernahme. Der Oberpräsident der Provinz Pommern,
Freiherr von Moltke-Gelbin, wird am 1. April aus
seinem Amte scheiden. Der Mann hat in der letzten Zeit dadurch
von sich reden gemacht, daß er die Behauptung aufstellte, die deutsche
Presse werde zum größten Teil von jungen Leuten redigiert, die noch
nicht einmal hinter den Öhren stecken sind. Sogar ist Wissenswerter
von ihm nicht zu berichten.

Ausland

Die politische Lage der argentinischen Republik.

Unser tapferer argentinischer Genosse, Professor Juan
B. Justo, der die von ihm gegründete Partei in Buenos Aires
vertreten hat, gab einem Vertreter des „Republ.“ eine charakteris-
tische Darstellung der Zustände seiner heimatischen Republik.
„Unser Land“ erklärte er, „ist immer im Verlegenheitszustand.
Die Ausnahmegerichte blühen dort. Keine Zeitung, keine Schrift
darf ohne vorgängige Genehmigung der Polizei erscheinen.“
„Aber Sie haben doch eine Republik?“ — „Eine schöne Republik,
die nichts ist als ein Geschäft von Klienten und Klientinnen.“
Unsere Parteien haben keinerlei Programm oder politische Me-
thode. Es gibt nur Klientenangelegenheiten. Jeder versucht,
Macht zu ergattern, um sie zu seinem Vorteil zu verwenden.
Es gibt nichts, was auch nur ein wenig mit Euren europäischen
Parteienbildungen, so wenig es auch mit diesen vielfach be-
stimmten, verglichen werden könnte.“

„Doch Sie würden Anlässe zu einer gut organisierten so-
zialistischen Partei?“ — „Ja, die sozialistische Partei be-
ginnt sich zu organisieren. Das Massenbewußtsein besteht bei
einem Teil der Arbeiter. So haben wir schon Gewerkschaften,
ähnlich den Euren, für Holzarbeiter, Schneider,
Eisenbahnarbeiter etc. Aber sie sind noch wenig zahlreich.“
„Die großen Streiks, die Sie gehabt habt, sind also wohl nur
oberflächliche Bewegungen gewesen?“ — „Nein, gerade, als
man denkt. Zu einem Zeitpunkt haben mehr als 200,000 Ar-
beiter im Streik, der eine Woche dauerte. Das ist doch
schon ein ziemlich großes Massenbewußtsein voraus.“
„In-
dessen sehen diese Bewegungen nicht stark organisiert zu sein.“
„Es
erhöhen sich etwas unorganisiert.“ — „Unrecht! So verhalten
sich die Dinge eben im Anfang. Je schwächer die Organisation
ist, um so mehr sind die Bewegungen unvorhergesehen und un-
regelmäßig. Die Anarchisten spielen hier auch eine ziem-
lich große Rolle und beschäftigen sich, wie immer, an ihren
Träumen. Man ändert die Dinge nicht mit einem Hauch.
Ihr Einfluß wird allmählich wachsen.“ — „Wendet Ihre Euren
Zustand, deren Räume die Polizei verwirrt hat, wieder
aufnehmen können?“ — „Ja und sehr bald, dank öffentlicher
Sammlungen. Ein Teil der Arbeiter bringen wir auf durch
Feste, die zu Gunsten der sozialistischen Presse veranstaltet
werden.“ — „In einer der Kommissionen des Kongresses haben
Sie hinsichtlich des Eigentums am Boden in Argentinien
wieder Erwähnung gemacht für das Privateigentum aus-
gesprochen?“ — „Man darf da nichts durchdringendem. Im
heutigen Zustand der wirtschaftlichen Entwicklung in den In-
dustriellern sind wir völlig im Einklang mit allen Sozialisten
Anhängern der Verstaatlichung aller Produktionsmittel. Das
ist in Argentinien unter Ziel auch für die dort einwirkenden
modernen Industrien. Aber wir haben es jetzt mit einer ganz
anderen Frage zu tun. Unser Land ist halb so groß wie
Europa und zählt nur 6 Millionen Einwohner. Dort wird
eine ständige Bodenverwüstung betrieben und unachtere Ver-
werde angehäuft. Wir halten das für ein soziales und wirt-
schaftliches Übel. Wenn diese Verhältnisse bringen auch
nur einen sehr geringen Ertrag. Wir würden daher für die
Begründung kleinerer Siedlungen für einen Vorteil halten. Bei
Ihnen sind 100 Hektare eine schon ansehnliche Besitzung. In
Argentinien sind sie fast nichts.“

„Und welche Maßnahmen schlagen Sie vor?“ — „Wir wollen,
einerseits durch die Verbesserung der armen Gassen und ihres
Verkehrsweges ihre Ausdehnung hemmen. Andererseits wollen
wir die Zuteilung von Land an Familien zur Selbstbewir-
tschaftung ohne Transaktionskosten und Lohnverlusten beschließen.
Wir glauben, daß unser Land zunächst diese Entwicklungsstufe
durchlaufen muß, und würden ihre Verwirklichung für einen
riesigen Fortschritt über den gegenwärtigen Zustand hinaus
halten.“

Sozialdemokratische Verrennhändler. Bei den jetzt be-
endeten Wahlen zu einem Drittel der Ersten schwedischen
Kammer (im ganzen 88 Mandate) gewannen die Linken 11, die
Sozialisten 8 Sitze.

Ein politischer Mord. Der russische bulgarische Sekretär des
Exarchats in Serres, Gologanoff, ist spurlos verschwunden. Es liegt
die Vermutung nahe, daß er von seinen politischen Gegnern aus Bul-
garien ermordet wurde. Gologanoff gehörte der vorkemmerlichen
Partei an.

Arbeiterbewegung.

Tarfbewegung der Buchbinder in Hannover. Eine
von über 1500 Buchbinder- und Kartonnagen-Arbeitern und Arbeiter-
innen beschlossene am 10. ds. Mt. mit den Inhabern des
Kontingents zu der einmündigen Tarifvorlage. Diese Inhabern
sind so gering, daß die Verhandlungskommission erklärte, sie der Ar-
beitschaft an Annahme nicht empfehlen zu können. In einer an-
genommenen Resolution wird gesagt, daß, wenn bis zum 28. d. M.
keine Einigung erzielt ist, die Arbeiter die Kündigung einreichen
werden.

Parteitag der deutschen

Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Magdeburg, den 22. September.

Vierter Verhandlungstag.

Dies eröffnet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mit-
teilungen.

Der Parteitag tritt in die Beratung des nächsten Punktes der
Tagesordnung: „Bericht über die

parlamentarische Tätigkeit“

ein.
Noke-Chemnitz führt als Berichterstatter aus: Ich habe
jeden Tag über eine kurze Tagung des Reichstags zu berichten.
Viel Gutes habe ich Ihnen nicht mitzuteilen, in Bezug auf Fort-
schritte in der Sozialpolitik komme ich mit leeren
Händen. Die Reichsfinanzreform stand noch immer im Mittel-
punkt der Erörterung und die Gebitterung der bürgerlichen Parteien
ist noch ziemlich groß. Die Parteien des schwarzen Blocks
ärgern sich darüber, daß die Liberalen immer noch die Steuerfragen
in die Debatte werfen, die Liberalen sind erobot, daß sie aus-
schalten sind und mit konservativen Anhängern aus dem Parlament
hinüberverdrängt worden sind. Auch Hilow ist gestürzt. Sein Nach-
folger Bethmann-Hollweg wird von bürgerlichen Parteien
als mittelmäßig bezeichnet. Ich meine, Weltsehendheit und Un-
fähigkeit sehen sich aus der Entfernung sehr ähnlich an.
Wer andere an freiwilliger Arbeit hindert, sollte einmal zu Buch-
haltung verpflichtet werden. Die Regierung verdient fortgesetzt zu
werden, weil sie den Reichstag so spät einberufen hat. Mit uns
haben sich die Freimünder über die frühe Einberufung des Reichs-
tages beklagt. Sie sind jetzt überhaupt nach dem Erscheinen des
Reichstages als in den letzten zwei Jahren, aber wir soll das
nach ihrer Würdigung in der Vorzeit für einst halten. (Sehr
wahr!) An Sentenzen hat es diesmal nicht. Die Finanz-
wirtschaft stand unter dem Zeichen der Sparbarkeit.
Aber nur bei den einmaligen Ausgaben wurde gespart, zum
großen Teil an Kosten der Industrie und der Arbeiter. Das dies-
mal nicht ausgegeben, wird später verlangt werden. Die dauernden
Verkehrs- und Postausgaben steigen wiederum bedeutend. Unsere
Kreditanstalten haben sich bei einigen bürgerlichen Abgeordneten
Anklang, aber die Mehrheit will das Heer als Waffe gegen den
inneren Feind — siehe Mansteid! — unbedingt erhalten. Ge-
braut wurde an den Reformarbeiten: die Sozialversicherung ist noch
immer nicht um die 8 Mt. erhöht worden. Zur 40-jährigen Gedenk-
feier der 1848er Tage haben sich

Kriegsvorbereitungen vor Not erschossen.

Die Opfer der schwarz-blauen Finanzreform, bei denen die Ar-
beitslosigkeit ungenügend groß ist, läßt man verhungern.
Die Sozialpolitik steht still. Die Regierung hat vor den Scharf-
machern und ihrem „Juliussturm“ kopuliert. Selbst ist lediglich
Staatsstreik gegen die Sozialreform, der Mann der „weißen
Salbe“. Außer dem kleinen Stellungsbemerkungsgesetz ist nichts
Sozialpolitisches geschehen. Warten wir ob wenigstens in der nächsten
Session die Angst vor dem Herrn der Arbeiterwähler die Sozial-
politik re-marks treiben wird. Die Justizgesetzgebung ist
auch im letzten Jahre verkleinert und pluripliziert worden.

„Sie haben nach bestem Können unsere Schulbildung geland-
reichten und mir vorher während der Session noch nach Eischen
meines Berichtes zu Tausen gekommen. Wenn so wenig erreicht
wurde, liegt es an der Zusammenkunft und dem bösen Willen
der Mehrheit. Sorgen Sie dafür, daß wir bei den nächsten
Wahlen in Kraft werden, diese Widerstände zu überwinden. (Beifall.)
Man freilich gewöhnt sich, wissen wir noch nicht. Man läßt den
Reichstag ja aber alles Wissenwerte und Wichtige in Unklarheit.“

Man betrachtet ihn als lästiges Uebel,

das die gelehrten „Instrumente des Himmels“ bloß Adr-
nur Geld kann das Gottesgnadentum nicht schaffen,
das nimmt es selbst in diesen Zeiten der Not und
der Trübsal vom Parlament und vom Volke.
Kraushaus ruft Bethmann-Hollweg nach Sammlung — auf der
Marienburg hat der Kaiser die Parole aufgenommen — und im
Nebel sucht er eine Wahlparole. Gerechtigkeit denkt er an den „bedrohlichen
Schub der nationalen Arbeit.“ Wegen der Wucherzölle braucht er
sich nicht zu bemühen, deren Abschaffung

machen wir schon zur Wahlparole.

(Sehr gut!) Ober denk Bethmann an eine burtravolische Wahl-
parole? Die neue Willkürvorlage kommt ja im Winter. Wovon
sie aber bezahlt werden soll, ist ganz unklar.
Die neuen Steuern liefern 120 Millionen weniger, als sie
sollen. Aber wenn sie selbst den erwarteten Ertrag brächten,
wäre der Staat noch nicht zu balancieren. Trophem
haben wir angefaßt der Geschäftigkeit der Gegner alle Verantwortung,
auf der Hut zu sein. Freilich sind inwischen die Wähler wohl durch
Schaden klug geworden. Statt der goldenen Verge, die man ihnen
versprochen, haben die Massen eine erhebliche Verschlechterung
ihrer Existenz in Kauf nehmen müssen. 1907 und 1908 hatte
der Reichstag keine Zeit erhaltene „Sozialpolitik“ zu treiben. Man
musste mit vollen Händen Geld zum Fenster hinauswerfen, das
man gar nicht hatte, sondern erst bumpy mußte. 1909
hatte man wieder keine Zeit, weil man die leeren Kassen
des Reiches füllen mußte, indem man die leeren Kassen
leerte. Jetzt wieder kommen Militärvorlagen. Die erste Handlung
der vorigen Session war die Vertagung der Witwen- und
Waisenversicherung. Und da stellt sich der Schatzmacher
selbst im Reichstage hin und behauptet, daß die Arbeiterklasse: „...
immer nicht durch die Sozialpolitik verführt sei. Eine schöne Ver-
bündnispolitik, die die Massen darben und hungern läßt. Man
schreit nicht, daß die Teuerung nur vorübergehend sei. Aber man
macht damit die toten Kinder nicht wieder lebendig, man macht die
Verbrecher aus Not nicht wieder zu ehrlichen und glücklichen Menschen.
Wenn wir einen freien Reichstag hätten, so läse er jetzt zusammen
und beriete, wie man es dem Volke in Deutschland leichter machen
könnte, sich satt zu essen. (Sehr wahr!) Es ist unerträglich,
daß zahllose Menschen an schlechter mangelnder Ernährung zugrunde
gehen. (Sehr wahr!) Aber noch eine andere Frage werden wir in
den Vordergrund stellen müssen:

Der Kaiser redet wieder.

Der Kaiser trägt wieder Beurlaubung und Unfreiheit in das
politische Leben Deutschlands hinein. Wieder hat er den Abstim-
mung proklamiert. Umkreis von Tagesmeinungen will er seiner Wege
gehen. Wir schütteln gewiß den deutschen Staub nicht von den
Küssen, aber den Vertretern der Gottesgnaden werden wir das deutsche
Volk gewiß keine Träne rachweinen. (Stürm. Beifall.) Vor
20 Jahren hat der Kaiser gesagt: Ich führe euch herrlichen
Ziele entgegen. Wir haben
genug von dieser Sorte von Herrlichkeit.
(Beif. Beifall.) Die bürgerlichen Parteien haben die Verantwortung
für alle Annahmen des Absolutismus zu tragen. Sie haben 1907
nur geredet, nicht gehandelt. Nie wieder wird die Belegenheit zur
endgültigen Niederwerfung des persönlichen Regiments gleich pünktig
wiederkehren. In jenen Tagen mußte die Regierung alles ausgeben,
aber auch die bürgerlichen Parteien ist nicht die mindeste
Dankung; nur die Arbeiterschaft wird Deutschland zu einem
freibürgerlich-demokratischen Staat machen. Dem Erkenntnis zum
Absolutismus stellen wir bei den kommenden Wahlen
die Lösung der Republik entgegen.
(Stürmischer anhaltender Beifall.) Wir wollen keinen absoluten
König, das Volk ist mündig. Endlich muß auch in Deutschland der
Wille des Volkes höchste Gesetz werden. (Stürmischer
Beifall.) Mit diesen Parolen werden wir ein- und geschlossen wie
ein Mann den Kampf bei den Reichstagswahlen führen. (Stürm.
wiederholter Beifall.)
In der Diskussion bittet
Bromme-Lübeck, einen Antrag Lübeck der Fraktion zu über-
weisen, der ein schärfes Vorgehen der Reichstagsfraktion gegen die
russischen Grenzbergwerke fordert. Es sei unerträglich, daß die deut-
sche Regierung das Reich immer noch als Hauptknecht und
Stiefknecht des russischen Auslandes hinflekt.
Bittmann-Solingen bittet um Annahme eines Antrages, die
Fraktion möge im Reichstage die Wahlrechts- und Streik-
recht der letzten Jahres gänzlich zur Sprache bringen. Die Ur-
teile seien es, daß man vielfach nicht einmal an den guten
Glauben der Richter glauben können. Immer habe man sich nur
an die Politikaussagen gehalten, manchmal sogar an die unwahr-
scheinlichsten. Wenn die Justiz sich unter die Polizeihülse und die
Polizei von den höheren Instanzen gedeckt werde, könne man sich

Die Mohrin von Toledo.

Von Karl Spindler.

12.
Da sich die Soldaten bereiteten, Marias Gebot auszufüh-
ren, so machte der Erzprieester gute Miene zum bösen Spiel,
und lieierte die Reichtümer aus, die sofort von Maria gereist
und in die Münze geschickt wurden. Dasselbe Geschehen fand
nach am selben Tage in allen Kirchen und Klöthern statt. Die
Tempel luden aus wie an einem Tage der Plünderung. Schiff
und Sakristei glühen einer Kaufmannsstraße, worinnen gepöhl-
t, neugegen, gezählt wurde, und die Lastträger hatten vollauf zu
ren, das gewaltige Silber und Gold zur Schmelze und unter
dem Stempel zu schmelzen. — Es war die Dämmerung einge-
treten, als Donna Maria von ihrem herrlichen Unternehmen, wel-
ches nun so sehr vom Volke gezeuht wurde, als vorher ge-
fürchtet, nach ihrem Hause zurückkehrte. Sie küßte sich auf die
treue Jami, und wenige Trabanten folgten ihr. An der beiden
Hauptstraßen der Straße lief gaisend und Wivat rufend mühsames
Volk. Da fiel ein Schuß aus der obersten Fensterlücke eines
Hauses, gegen Maria gerichtet. Er traf nicht, aber kaum hatte
sich Jami löstend vor ihre Gebieterin geworfen, um sie mit
ihrem Leibe zu beschützen, als schon ein zweites Feuerrohr ab-
geschossen wurde, dessen Blei den linken Arm der Sklavin irreite,
sodas ihr warmes Blut auf die Hand der Gebieterin floß, die
sie umschlang.
Der Nordstreich goll mir“, sagte Donna Maria ruhig,
und küßte bedauernd die Wange der Sklavin, die ihre Schüz-
wehr gewesen war. Inzwischen waren die Trabanten während in
bi, Hüften gebrungen, und mit ihnen der Pöbel, der den un-
geschickten Mörder herbeischneppte, auf die Straße. Man hätte
den Menschen hinter einem Schlot des Hauses verborgen gesun-
den, nicht, verführt, die abgeschlossene doppelflüchtige Küche in
der Hand. Er wurde, unter Mißhandlungen nach dem Rathaus
geführt, wo die Klagen zusammenkamen, ihn zu verhören.
Marias Hand dem Verbrecher gegenüber, neben ihr die Sklavin,
die kaum einen leichten Verband um ihre Wunde geschlossen
hätte, um nur nicht die Gebieterin zu verlassen. Der Mörder,
ein ehemaliger Soldat aus dem Heere der Gemetnen, konnte
zwar selb Verbrecher nicht leugnen, aber keine Verheißung und
keine Drohung war ihm fahnd, ihm den Verweisungs dieser Zeit
zu emloeden, oder den Namen eines Mithschuldigen, noch dessen,

der ihn dazu gedungen. Maria mußerte den Unglücklichen
während des Verhörs mit einem Mitleid; Jami ließ die Sklavin
nicht aus den Augen und schien sie durch Zeichen zu fragen, ob
sie reden dürfe. Endlich trat sie lähn vor die Gerichtstafel,
und sagte: „Wäre diese Untat später geschehen, so würde ich
sie auf den Hof schießen, den die Herren der Kirche nach dem
heutigen Tage gegen Donna Maria hegen müssen; bis jetzt
kenne ich aber nur einen Menschen in Toledo, der meine edle,
Gebieterin haßt. Ich nenne Euch den Namen Jonseca. Der
Mörder Peres ist kein Geschöpf, ein Sohn seines Leibhüterns,
und ein herbitwürdiger Anecht der Wohlthäter seines Herrn.“
„Aus dem Mitleid spricht ein höherer Geist!“ — riefen die gra-
bitütären Altären, als sie den erschreckenden Peres zu Boden
sinten, Marias und Jamis Häße unklammer, sah, und sein
Bekennnis hörten, welches den Grafen als den Verursacher der
Tat bezeichnete. „Bist Du eine Zauberin?“ fragte Maria seine
ihre Sklavin, und fuhr dann, zu dem Gericht gewendet, fort:
„Was Sie gegen den Grafen beabsichtigen mögt, stell ich Euch
frei. Doch verlange ich Gnade für diesen Mann, der nur ein
armselbig Werkzeug in den Händen eines Verführers war. Nicht
um meinetwillen, sondern zum besten des Vaterlandes, gebe ich
zu, daß der gefährliche Jonseca zur Haft gebracht werde.“
„Sie verliet unter dem Jubelruf des Volks, das mit brennen-
den Fackeln vor ihr herlief, das Kathars, um sich nach ihrem
Palast zu begeben. Die Klagen sendeten Wagen zum Hauße
des Grafen; er war jedoch verschwunden, niemand wußte wohin.
In dem stillen Gemach ihres Hauses lagte Maria ganz
nieder den Mutterpflichten zurückgegeben, ihren Sohn in Jomis
Arme, und sprach zu dem unmündigen mit dem Schlaf klumpen-
den Knaben: „Steh in dieser Gezeiten Deine zweite Mutter.
Sie hat Dir mein Leben erhalten, und wehe Dir, wenn Du sie
vergähest, sie für die Missethäter zu belohnen, die sie für
mich vergaßten. Wehe mir, wenn ich es vergäße!“ In dank-
barer Rührung weinend, kniete Jami mit dem Kinde vor Don
Jumis Gemachin, und erregnete: „Ich verdiente nicht diese
Liebe, Donna Maria. Doch ist mein einziger Wunsch, Euch
und Eurem Hause meine Treue zu beweisen, wozu selbst im
Tode!“
Nachdem sie sich von Jami getrennt, betete Maria neben
ihrem Sohne für das Wohl ihres Gatten, und trümmte dann
von der Luft, ihn als Sieger, als Feldherr, als König wieder
zu sehen. Jami, vor der Türe der Gebieterin, auf welche
Polster gedekt, gedachte auch, nach des Herrn, des geliebten
Herrn. Ihn wieder zu sehen dünkte auch ihr die höchste Ge-
lücke, und wenn sich auch die Beschäftigten den Kläubernden

von der rechtmäßigen Gattin umschlungen, von Marias Sohne
geleitet, denken mußte, so schmeichelte sie sich doch, daß aus
Jumis Augen auf die im Winkel stehende Sklavin ebenfalls ein
freundlicher Blick fallen würde, wenn auch nicht ein Blick der
Liebe. Sie sah den Mann ihres Herzens wieder im Traume,
und war alltätlich, denn im Traume war sie sein.
Nicht der Traum Marias, nicht Jomis Traum sollte sich
bewähren. Nicht die Gattin, nicht die Liebende sollte ihren Ver-
ben wieder sehen.

Nach hatte man nicht nach Manden, sondern nur nach
Wachen die Aera von Badillas Feldherrn-Gewalt geachtet, als
eines Tages sich in den Straßen von Toledo das Schauspiel zu
erneuern schien, das wir in vorigen Abschnitte geschäftert haben.
Was bedeutet der schwarze bedängten Krommeln bumpy Schlag?
Was die in der Luft statternden Trauerflore, die wallenden
Fahnen von schwarzem Boy, das Seufzen und Stöhnen in den
Gäßern von Toledo, die nassen Augen der Bürger, und der
Rechtschritt der Häupter des Volkes? Begibt sich Donna Maria
noch einmal nach den Gotteshäusern, um für das Vaterland
Schätze zu sammeln? Ist dieser ernste Zug wieder nur ein
Kunstgriff, um die Begeisterung des Volkes zu wecken? reagiert
hier nur der vorgespiegelte Kummer? Nein; o nein! Heute
ist der Schmerz wahr, aufrichtig die Träne, lauter die Klage.
Der Hort des Vaterlandes ist gefallen, Juan de Badilla ist
nicht mehr, und seine Witwe, von Jammer zerrißen von Ver-
zweiflung gemartert, steht nur in der Rache ein Mittel, diesen
Sturz zu überdauern, und die unendliche Liebe zu beweisen,
die sie für ihren Gatten hegt. Darum zieht sie an der Spitze
des langen Trauergefolges, schwarz verhüllt, in härenem We-
wande, von Straße zu Straße, von Tor zu Tor, und neben
ihm trägt ein sanftes Maultier, seines bunten Federhutes und
seiner Gloden beraubt, den Sohn des gemordeten Feldherrn,
dessen arme Augen schon ein Grabesfleischer überweht. Die
unglückliche Mutter stützt sich auf die sanft weinende Jami,
starrt vor sich hin mit trockenen, heißen Augen, die sie nur, wie
zur Erquickung, bald zu dem Sohne erhebt, bald zu dem Vo-
nier, das zu ihrer Linken getragen wird, und worauf mit schau-
dervoller Treue in grellen Farben abgedrückt ist, wie Badilla
durch Genesenshand vor dem Letzte hatz entet. Das Volk
sammelt sich, und drängt sich ihr immer noch, ihren Schmerz
durch tiefs Schwärzen spend. Endlich bricht sie selbst die Stille
(Fortsetzung folgt.)

Wenn sie in einzelnen Städten wie Posen ge-
dient hätten. Hierfür und für die vielfach ebenfalls
Strecken müsste alles Material an die Fronten gelangt und von
dieser energisch zur Sprache gebracht werden. (Beifall.)
Genossin Peikin bedauert den Antrag, Kraftschliche Ver-
stärkungen gegen die Verteilung von

Andern zum Branntweintrinken
zu treffen. Eine Partei der Zukunft müsse alles anbieten, um eine
gesunde, junge Generation herbeizuführen. (Beifall.)
Genossin Peikin tritt ebenfalls für diesen Antrag ein. Er
verweist auf einen Artikel der „Völkischen Zeitung“, wonach Kin-
der in Kommern, die in der Landwirtschaft arbeiteten, aus der
Branntweinfabrik des andigen Herrn dreimal täglich
Schwarz als Lohn erhielten.

Engler (Tribüne) tritt für ein Abstinenzverbot ein. Nach-
dem es in der Schweiz verboten sei, weil es zu grauenhaftesten
Verbrechen geführt habe, suche man es nach Süddeutschland zu
bringen. Dem müsse vorgebeugt werden.

Olson (Wachen) teilt mit, dass im christlichen Junglings-
verein Wachen sechs Liter Schnaps ausverkauft worden seien.

Wurm (Wachen) meint es nicht, durch den Schnaps-
botteln den Schnapsverbrauch auf das Maß des Kontingents
zurückzuführen, dann fällt die Ertragssteuerebe weg.

Inser Schnapsbeschränkung
schleht diese erste Schritte als zu haben. Aber jetzt
beschäftigt sie, wie ein unzufriedener Schnapsbrenner in der
„Schlesischen Zeitung“ ausgesprochen hat, der Bundesrat mit
einer Erhebung des Kontingents, um den Nachschub diesen
Ertrags zu erhalten. (Lebhafte Äußerung, hört!) Außerdem
verteuert die Spirituszentrale den Spiritus im Inlande künstlich,
indem sie das Kontingent durch Verschwendung an das Aus-
land zu übersteigern sucht. Mit Zustimmung aller Bundes-Reg-
ierungen in Süden wie im Norden wird diese Wirtschaft der
Schnapsverteilung und Auswanderung im Reich getrieben. Wir
müssen dagegen mit aller Entschiedenheit protestieren. (Lebhafte
Beifall.)

Weg (Offenbach) teilt mit, dass in der Petitions-Kom-
mission die Mehrheit der bürgerlichen Parteien ein Abstinenzverbot
mit Rücksicht auf die Abstinenzindustrie herbeizuführen
hätte. Ständige Arbeit als Produktionsmittel zu geben, sei
leider eine unüberwindliche, mit aller Energie zu bekämpfende
Aufgabe.

Rakenstein (Berlin): Wir dürfen nicht erst traurige Er-
fahrungen mit dem Abstinenz machen, sondern müssen vorbeugen,
wie bei der Cholera. Gerade die freien Völker legen sich mit
dem besten Bewusstsein solche Beschränkungen auf, wie in
und in der Schweiz, während die absolutistisch regierten Polizei-
staaten Russland und Preußen am meisten vom Alkohol ver-
wöhnt werden. Der Schnapsbeschränkung hat gewirkt, aber bei
erstem Willen könnte noch mehr geschehen. Namentlich Wehring
und die „Bremer Arbeiterzeitung“ haben die Wirkung
des bürgerlichen Vorkontrollsystems abgelehnt. Eine bewusste,
Anfechtung gegen einen Parteitagbeschluss haben wir gestern
als das größte Verbrechen bezeichnet. Wir müssen daher
auch den

Branntweinbotteln mit aller Entschiedenheit
durchführen.

Sente (Bremen): Es muß erlaubt bleiben, an einem
Parteitagsbeschluss Kritik zu üben, und zu sagen, dass die Kritik
alle sozialen Krankheiten, nach der marxistischen
Geschichtsauffassung aus den wirtschaftlichen Verhältnissen her-
vorgehen. Im übrigen hat die „Bremer Arbeiterzeitung“, wie
alle Parteipresse, Kritik gegen den Schnapsbeschränkung
gebracht, und wird den Vorkontroll weiter zu fördern suchen.

Die weitere Diskussion wird auf Freitag 9 Uhr verlagert.
Nach persönlichen Bemerkungen von Rakenstein und Sente
über die Haltung der „Bremer Arbeiterzeitung“ zum Schnaps-
botteln wendet sich **Kleinher (Tribüne)** in einer persönlichen
Bemerkung gegen einen Artikel der „Gemeinliche Volksstimme“,
die ihm seine Selbstzufriedenheit mit den sächsischen Parla-
menten vorgebrachten hätte. Diese Unterstellung sei durchaus
unberechtigt.

Bei dem Bureau sind noch über ein Dutzend Erklärungen
zu Protokoll eingebracht, meist zustimmend zum Vorkontroll-
antrag in der badischen Budgetfrage und zum Antrag Kubel,
von Delegierten, die bei der Abstimmung ferngehalten waren.
Die Partiellektion ist

gegen die Fleischsteuerung

folgende Resolution vor:
„Der Parteitag erachtet in der herrschenden Fleischsteuerung
einen unerträglichen Missetat, der durch die Zoll-
und Steuerpolitik des Reiches hervorgerufen ist.
Die künstliche Verteuerung des Fleisches durch die Zölle,
die in vielen hohen Auslandspreisen noch gesteigert wird durch
die Einfuhrzölle, bedingt neben der Verteuerung die Ver-
teuerung der Futtermittel und damit die Preissteigerung des
Fleisches und des Fleisches. Diese Preissteigerung wird weiter
geschärft durch die Vieh- und Fleischzölle und die schändlichen Ein-
fuhrbeschränkungen.“

Die hohen Fleisch- und Brotpreise verschlechtern die
Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen, schädigen ihre
Gesundheit auf das Schlimmste und führen zu ihrer Degenera-
tion. Der Parteitag verlangt daher von der Regierung, dass
unverzüglich alle Zölle und zollpolitischen Maßnahmen, die eine
künstliche Verteuerung des Fleisches herbeiführen, beseitigt wer-
den; er fordert weiter die Parteioberorgane auf, den Kampf
gegen die Lebensmittelsteuerung mit aller Schärfe weiter zu
führen.“

Um 11 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Der Nachmit-
tag ist für einen Ausflug des Parteitags nach dem Satz be-
stimmt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. September.

**Die Frage, ob der Angeklagte auf der An-
klagebank Platz nehmen muß,** ist so schreibt Rechts-
anwalt **Armer** in der „B. M.-Zig.“ während der Ferien
bei Gelegenheit einer Verhandlung gegen den Redakteur
Albert erörtert worden. Der Vorsitzende der Ferienstraf-
kammer verwies **Albert** (und Neukirch, Red. v. „B.“) auf die
Anklagebank mit dem Bemerkten, ein Erlaß des Justizministers,
nach welchem Angeklagte, denen nichts Ehrenrühriges
zur Last gelegt werde, nicht auf der Anklagebank Platz
nehmen brauchen, sei nicht ergangen. Das mag an sich
richtig sein. Aber es gibt auch keine Gesetzes-
bestimmung, die vorschreibt, daß der Ange-
klagte sich auf die Anklagebank zu setzen
hat. Die Schöffengerichte lassen es deshalb in vielen Fällen
ohne weiteres zu, daß die Angeklagten sich außerhalb der An-
klagebank aufhalten. So unwesentlich an sich diese ganze Sache
ist, so wäre doch eine einheitliche Behandlung erwünscht;
sonst damit nicht der Anschein erweckt wird, als ob ein
sozialdemokratischer Redakteur anders behandelt wird, wie
Fürst **Gulenburg**, bei dem bekanntlich die bis dahin
nicht geübte Praxis begonnen hat.“

In der gestrigen Verhandlung gegen die Genossen
Darf und **Albert** verwies der Vorsitzende die beiden Sinder
auch wieder in die Anklagebank. Genosse **Albert** ersuchte
jedoch, ihnen zu gestatten, außerhalb der Anklagebank Platz
nehmen zu dürfen. Darauf erklärte der Vorsitzende (es war
nicht derselbe von damals): Es ist allerdings in
das Ermessen des Vorsitzenden gestellt, dem Angeklagten das

zu gestatten oder nicht zu gestatten. Auch der Ri-
siko, daß man bei Beleidigungen ruhig eine Ausnahme
machen darf, und da Sie darum höflich bitten, will ich es
ihnen gestatten, neben Ihrem Verteidiger Platz zu nehmen.
Ihnen auch, Herr **Darf**. Aber — und nun folgte eine lange
Ermahnungsrede in Bezug auf das vorgeschriebene Verhalten
der Angeklagten vor Gericht und die Bemerkung, daß er
keinen Unterschied machen werde, „einerlei, ob Sie Redakteur
der „Volksmacht“, des „Berliner Tageblattes“ oder der
„Kreuzzeitung“ sind.“
Herr **Armer** hat völlig recht: Es wird Zeit, daß diese
Frage nicht mehr dem Ermessen des Vorsitzenden überlassen
bleibt.

Achtung, Wahlhelfer!

Montag, den 26. September, sollen die Hauskarten
wieder an die Distriktsführer abgegeben werden und zwar in
folgenden Lokalen:

- Distrikt 1 (Gabi) Kronprinzstraße 44.
- 2 (Sauerbrunn) Viktoriastraße 34.
- 3 (Gräßlicher Vorstadt), Gräßlicherstraße 74.
- 3a (Siedenhufenerstraße) Siedenhufenerstraße 10.
- 4 (Nikolator) Reußenstraße 8.
- 6 (Häckerstraße) Häckerstraße 10.
- 7 (Reußenstraße) Reußenstraße 62.
- 8 (Oberior) Reußenstraße 62/64.
- 8a (Reußenstraße) Reußenstraße 16.
- 9 (Matthiasstraße) Matthiasstraße 140.
- 9a (Rosenstraße) Rosenstraße 20a.
- 10 (Sandtor) Reußenstraße 8.
- 11 (Michaelstraße) Michaelstraße 26.
- 12 (Schöninger Vorst.) Baustraße 42.
- 13 (Girchstraße) Girchstraße 68.
- 14 (Oblauer Tor) Admirationstraße 10.
- 15 (Gemeinschaftshaus) Gemeinschaftshaus.
- 16 (Strehleiner Tor) Hubstraße 80.
- 16a (Böhmer Tor) Böhmerstraße 70.
- 17 (Schwäbinger Tor) Vohstraße 68.
- 17a (Reußenstraße) Reußenstraße 65.
- 18 (Innerer Stadt, Hllich) Reußenberg 7.
- 19 (Kupferhämmer) Kupferhämmerstr. 21.
- Land-Distrikt 12 (Pöpelwitz) Pöpelwitzstraße 28.

Schumannsaussagen vor Gericht. Zu der
gestern von uns gemeldeten Freisprechung eines Studenten,
von dem ein Schützmann beschwor, er habe nachts
gepfiffen, obwohl nachgewiesen war, daß er überhaupt nicht
pfiffen konnte, erfahren wir, daß es sich um den Sohn
des — Landgerichtsdirektors **Fanski** handelte.
— Wir freuen uns, daß endlich dieser Richter, der so
häufig die Aussagen von Polizisten als Evangelium angesehen, sich
durch Augenzeugen überzeugen konnte, daß man die Aussagen
von Polizisten nicht immer als laute Wahrheit betrachten
darf. Leider gibt es, wie der gestrige Prozeß gegen die
„Volksmacht“ wieder beweist, immer noch genug andere
Richter, die trotz alledem und alledem alles, was Schütz-
leute sagen, Glauben schenken.

Warnung vor einem Streikbrecher-Agenten. Im
„Reichs-General-Anzeiger“ werden durch einen Namen **Tischler**
nach **Reichenberg** in Böhmen gesucht. Die Holzarbeiter werden
vor Arbeitsannahme nach dort bringen gewarnt.

Die Ortsverwaltung.
Die letzte Mitglieder-Versammlung
beschloß einstimmig, die tariflichen Bestimmungen über die Fenster-
steuerung in diesem Jahre energisch zur Durchführung zu bringen, und
die Kollegen, welche gezwungen sind, die Arbeit einzustellen, zu unter-
stützen. Die Auszahlung der Unterstützung sowie die Meldungen
über Einstellung der Arbeit erfolgt im Gemeinschaftshaus.

Achtung, Buchbinder! In der Versammlung am Sonn-
abend, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gemeinschaftshauses, hält
Genosse **Georg Deber**, Redakteur der „Arbeiterzeitung“ in Dors-
und, einen Vortrag über das Thema: „Wohlbald und wozu
organisiert man sich?“ Wir bitten, überall in den Werkstätten für
guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

**Achtung, Herrenkonfektionschneider und -Schneider-
innen.** Montag, den 26. September, Abends 8 Uhr öffentliche Ver-
sammlung in der Union-Kassette, Reußenstraße. Eingang Niebold-
Passage. Näheres siehe Inserat.

**Achtung! Damenkonfektionschneider und -Schneider-
innen.** Dienstag, den 27. September: Sektionsversammlung im
Verkehrslotale, Herrenstraße 19.

Kranke und Begräbnis-Kasse „Offnung“. Im
ferienteilchen finden unsere Leser einen Beitrittsantrag der freien Hilfs-
kasse „Offnung“, Unterstadtplatz 16, I. In der gegenwärtigen Zeit,
wo zahlreiche Schwindler-Kassen ihr Unwesen treiben, können wir
unseren Lesern den Beitritt zu dieser Kasse umso mehr empfehlen, da
das Statut gerade dieser, auf solider Grundlage beruhenden Kasse
in Bezug auf Beitritts-Vestlungen um eine Reihe wesentlicher Ver-
günstigungen enthält. Interessenten finden alles Nähere im Inserat.

Unkrautliche Spinnwebenbreitigkeit. Heute Nacht
wurde, mitten in der Stadt, am feilsig lebenden Ringe, bei
dem Juwelier und Goldarbeiter **H. Brieger**, Am Rathaus 18,
ein frecher Einbruch verübt. Die Diebe waren (der so oft an-
gewendete Trick) in eine über dem Baden belegene, zuerst leer
stehende Wohnung eingedrungen und hatten dort ein ungefähr
90 Quadratmeter großes Loch in den Fußboden und die
darunter befindliche Decke des Badens gedreht, durch das sie
in das Geschäftslotale hinabgestiegen waren. Hier haben sie
sämtliche Schränke und Kästen erbrochen; nur Goldschätze nah-
men sie mit, während sie die Silberwaren und leeren Schachteln
zurückließen. Der Schaden wird auf 20- bis
25.000 Mark geschätzt. Herr **Brieger** ist nicht ver-
schont. Von den Eindringern fehlt einflussvolle jede Spur.
Ein im zweiten Stock wohnender Friseur, der gegen 12 Uhr nach
Haus kam, hat nichts von dem Einbruch bemerkt, ebenso auch
nicht der Wächter der Wach- und Schlößerei-Gesellschaft. — Den
ganzen Vormittag wurde das Geschäft von Neugierigen dicht
umlagert.

Der Polizeibericht meldet darüber: Trotzdem **Brieger**, als
Eigentümer des Hauses, mit Rücksicht darauf, daß die Wohnung
über seinem Juwelierladen leer steht, einen zweiten Wächter der
Wach- und Schlößerei-Gesellschaft bestellt hatte, ist doch von diesen
Wächtern keine Spur von dem Einbruch bemerkt worden. Am
Dienstag hatte ein Hauswächter in der leerstehenden Woh-
nung gearbeitet und Abends beim Fortgehen die Eingangstüre
nur einfach zugebunden, also das Einbruchschloß, das sich darauf
befindet, nicht benutzt. Die Eindringern, mindestens zwei Per-
sonen, haben sich zwelfellos in das Haus eingeschlichen lassen,
sind leicht in die leere Wohnung gelangt und haben um Witterung
nach ihr Wert begonnen. Genau wie feinerzeit bei dem Ein-
bruch in das Uhrengeschäft auf dem Zwingerplatz, haben sie
Diebe auch hier mittels Bohrers und Säge ein Stück aus dem
Fußboden und sodann auch aus der Spindel über dem Baden
entfernt und sind so in den Laden gelangt. Das Herabfallende
Stück der Spindel und der herausgeschüttelten Deckplatte
müssen bedeutende Geräusch verursacht haben, und doch hat
niemand etwas gehört, und da die Rolläden geschlossen waren,
konnte auch von außen nichts bemerkt werden, sobald die Spin-
deln ruhig sich die besten Waren, bestehend in mit Brillanten
besetzten Uhren, Brotschneidern, Ketten, Ringen etc., mitführen,
befanden und auf demselben Wege, auf dem sie gekommen, ver-
schaffen konnten. Am Latz haben sie, und das läßt doch

schon, daß sie im ersten Augenblick nach Gefahr witterten,
eine ganz neue Struktur mit Zentralschloß, lobend eine Stahl-
tülle (Brettschloß), eine aus ganz neuen Eisen hergestellte Ein-
leiter und endlich auch noch eine neue Haardrüse und ein Ele-
ment aus einer elektrischen Lichtlampe zurücklassen.

Schleien, Polen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 23. September. Zur Lohnbewegung
bei der Firma **Sugo** Köhler-Crosshild.
Die am Donnerstag abgehaltenen Verhandlungen haben, wie vor-
auszusehen war, zu einem befriedigenden Ergebnis nicht ge-
führt. Herr **Köhler** lehnte jedes Unigenkommen ab. Ob
Herr **Köhler** seinen Feststandpunkt aufrechterhalten wird, das
dürfte schon die aller nächste Zeit lehren. In einer Synallaxis
am Donnerstag Abends in der „Stadt Schweidnitz“ folgte
Vielbesuchung wurde mit 206 gegen 9 Stimmen be-
schlossen, die Forderung einzusetzen. Die Arbeiter
und Arbeiterinnen der Firma haben also aus dem obliegenden
Verhalten des Herrn **Köhler** die allein richtigen Konsequenzen
gezogen und die Öffentlichkeit wird nun einmal Gelegenheit
haben, sich mit dem Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Firma
etwas näher zu beschäftigen. Zusatz von Maschinenarbeitern,
Tischlern und Drechtlern, sowie Polierinnen und Ledererinnen
ist strengstens fernzuhalten.

Bunglaw, 23. September. Schon wieder ein Mord
im Bunglauer Kreise. Nachdem kaum 8 Wochen vor-
Koffen, seit die 65jährige **Wilde** Kraus in Kslau unter den
Händen eines jugendlichen Mörders ihr Leben aushauchte, wurde
Donnerstag die Ermordung des **Kraus**, Spezial von **Tzen-**
dorf, schon wieder in Aufregung versetzt. Die 43jährige **Kraus**
des Stellmachers und Wirtschaftsbefehlers **Winkler** in Kolonie
Waldsdorf, welche sich direkt an Ober-Tzenendorf anschloß,
wurde früh in der 10. Stunde an einem Wäldchen nahe vor
Hoffen, dem sog. **Henselberge**, ertötet, und zwar er wird
aufgefunden.

Wie der „Bunglauer Courier“ erfahren haben soll, soll der
Mörder in der Person eines **Kesselschmiedes** aus **Kolbau** in
der Gegend in Grätz verhaftet worden sein.

Reife, 23. September. In den Tod getrieben.
Ein trauriges Kapitel von der gesicherten Existenz
bis ins hohe Alter leidet wieder einmal ein Vorkall,
der sich hier ausgetragen hat. Der Zimmermann **V. Reife**,
aus **Mähring** war bei der Firma **Kupfeld** 37 Jahre
lang beschäftigt. Reife war ein recht ruhiger und zu-
friedenstlicher Arbeiter, dem es niemals in den Sinn gekommen ist,
an seinen Arbeitgeber irgendwelche Forderungen zu stellen. Der
Wirt glaubte auch mit Bestimmtheit, bis an sein Lebensende
nie arbeitslos zu werden. Am Dienstag Morgen wurde der
Mann wegen einer geringfügigen Ursache plötz-
lich entlassen. Reife, der sechs Kinder hat,
nahm sich dies so zu Herzen, daß er sich ohne seiner Familie
von der Entlassung Mitteilung zu machen, bei der **Reife**
erhängte.

Wilhelm II. prägte bekanntlich selber das Wort von der
bis ins hohe Alter gesicherten Existenz des deutschen Arbeiters.

Neueste Nachrichten.

Vom Parteitag.

Berlin, 23. September. In einer Besprechung über die
vorgeschlagenen Beschlüsse des Magdeburger Parteitages schreibt der
„Vorwärts“ unter anderem: Was der Parteitag beschlossen hat,
ist nicht als die selbstverständliche, angesichts des wiederholten
Disziplinbruches garrlicht zu vermerkende Erklärung, daß aber-
malige Verstöße die im Organisationsstatut vorgezeichneten Kon-
sequenzen nach sich ziehen würden. Das diese Erklärung zum
Beschluß erhoben werden mußte, haben die badischen Ge-
nossen aber einzig und allein sich selbst und ihrer Provokation
durch **Franks** unglückselige Erklärung zu-
zuschreiben. Dem Parteitage blieb nichts anderes übrig, als
unmittelbar im Anschluß an die Erklärung **Franks** ganz un-
zweifelhaft seinen Willen zu manifestieren, und daß das in so
impulsiver Weise geschehen ist, sollte offen benannt, die bisher
dem unerschütterlichen Langmut des Parteitages alles bieten zu
können glauben, ohne heil'ame Lehre sein. Bei ruhiger Ueber-
legung werden sich also unsere badischen Genossen sagen müssen,
daß sie sich ganz ohne Grund aufgeregert haben, und wenn sie
auch nur den zehnten Teil der Friedensliebe und Nachgiebigkeit
beweisen wollen, die die Mehrheit so lange bekundet, so werden
sie jetzt wenigstens jeden weiteren Eklat vermeiden und sich
mit der Parteilichheit dem zutreiben, was uns so bitter not
tut: dem Kampf gegen den Feind!

Zur Werftarbeiterbewegung.

Berlin, 23. September. Der Zentralrat der Deutschen Ge-
werksvereine hat in seiner gestrigen Sitzung eingehend über den
Stand der Werftarbeiterbewegung und den gestrigen von dem Gesamt-
vorstand **Deutscher Metall-Industrieller** gefassten weiteren Aus-
spernungsbeschlusses beraten. Die bisher in der Bewegung ein-
geschlagene Taktik fand eine mühevolle Billigung. Die
ferneren Maßnahmen sollen der zur Beobachtung
dieses Kampfes eigens eingesetzten Kommission, in der Vertreter aller
beteiligten Gewerksvereine sitzen, vorbehalten bleiben. Schließlich
wurde von dem Vorsitzenden erklärt, daß bei erfolgter Aus-
spernung von 60 Prozent von den Abriabletenden 40 Prozent
kein Arbeiter ohne Erlaubnis der Organisations-
leitung die Arbeit niederlegen darf.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

- Freitag, den 23. September:
Stenographen. Zimmer 2.
- Sonnabend, den 24. September:
Hutmacher-Gesangsverein. Sitzungssaal.
- Wachbinder. Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Zimmer 2.
- Stupferhämmer. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. Zimmer 3 4
- Sonntag, den 25. September:
Häcker-Verein. Sitzungssaal.
- Hausgewerkschaft. Versammlung. Zimmer 2.
- Treppebauer. Vormittags 10 Uhr: Versammlung. Zimmer 5.
- Steinarbeiter. Vormittags 10-12 Uhr: Kaffeestunde. Zimmer 7.
- Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd).
Kaffeestunde.

Distrikt **Pöpelwitz**. Sonntag, früh 7 Uhr: Ausgabe der
Wahlzettel für die Wahlhelfer bei **Stahl**, Promnitzstraße 12. Auch
werden die am Montag im **Schweidnitzerhof** nicht Anwesenden er-
beten, zu erscheinen.

Montag, den 26. September, Abrechnung der **Distriktsführer**
beim **Distriktsführer**.

Verantwortliche Redaktionen: **Deutscher Arbeiter** — **Deutscher Arbeiter** und **Deutscher Arbeiter**
Gruppenstraße 7. — **Deutscher Arbeiter** — **Deutscher Arbeiter**
E. v. S. D. — **Deutscher Arbeiter** — **Deutscher Arbeiter**

Achtung! Konfektionsschneider u. -Schneiderinnen.

Montag, den 26. September, abends 8 Uhr:

Gr. öffentl. Versammlung

aller in der Herrenkonfektions-Branchen beschäftigten Personen in den „Union-Gesellen“, Neuschestrasse Eingang Niebold-Passage.

Tages-Ordnung:

- Die Forderungen der Konfektionsschneider und Schneiderinnen an die Unternehmer. Referent: Koll. Schaerl.
- Freie Diskussion.
- Wahl einer Tarifkommission.

Wir erziehen die Kollegen herzlichst, in dieser Versammlung zu erscheinen, um sich in die Sache einzuweisen und die Forderungen zu stellen, die sie für sich und ihre Kollegen zu haben. Nach dem Bekannten Kollegen und Kollegeninnen wollen sie auf diese Versammlung aufmerksam machen und zum Erfolg beitragen. Der Klubreferent.

Konsumverein für Gottesberg u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Sonntag, den 2. Oktober 1910, nachmittags 2 Uhr, in Gottesberg im Hotel „Städt. Hof“:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

- Geschäftsbericht des Vorstandes.
- Bericht des Aufsichtsrates.
- Genehmigung der Bilanz, Beschlussfassung über die Verteilung des Ueberschusses.
- Genehmigung der Geschäftsanweisung für den Mitglieder-Anschluß.
- Beschlussfassung zu § 37 Ziffer 10.
- Allgemeines.

Besonders Stellung von Anträgen verweisen wir auf die §§ 29 und 32 des Statuts.

Nur Mitglieder und deren Frauen haben Zutritt. Mitgliedskarte legitimiert.

Der Aufsichtsrat. J. M.: Hermann Strunk.

Kranken- u. Begräbniskasse „Hoffnung“

(eingesch. Hilfskass. Nr. 1) zu Breslau

Begr. i. J. 1877. 4000 Mitglieder.

Die Krankenkasse „Hoffnung“ ist vollständig gleichberechtigt jeder Zwangs- (Zugs- od. Betriebs-) Krankenkasse und jedes neu eingetretene Mitglied ist vom ersten Tage ab vollberechtigt. Die Beiträge sind in Scala I pro Monat 1.65 Mk., II = 2.30 Mk., III = 3.30 Mk. Die Eintrittsgelder I, II und III sind für ärztliche Untersuchung 50 Pf. Krankengeld wird vom 1. Tage ab für 26 Wochen gezahlt und zwar pro Woche in Scala I = 7.- Mk., II = 11.20 Mk., III = 16.80 Mk. Das Sterbegeld beträgt in Scala I = 70 Mk., II = 112 Mk., III = 168 Mk. Außerdem freier Arzt, Arznei, Heilmittel usw.

Jedem Arbeiter, Handwerker, Feinste Gewerbetreibenden oder Geschäftsmann, Ehefrau und Mädchen kann der Beitritt zu unserer auf selber, reeller Basis bestehenden Krankenkasse nur auf wärmste empfohlen werden.

Annahmen und alle Näheres wöchentlich vorm. 8-12 Uhr im Kassenlocal Universitätsplatz 16, I, letzte Sonnabend abends 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr Herrstr. 16 (Alte Bräuerstr.).

Zu billigsten Preisen

kauft man das eleganteste und haltbarste

Schuhwerk

werke die denkbar größte Auswahl in Leder- und Gummi- und Golschuhen zu streng realen Preisen nur bei

Robert Kre'schmer, Schuhmachermstr., Friedrich-Wilhelmstr. 52.

Emil Brann & Co.,

Nikolaistrasse 16/17, I. Etag.

Zum Umzug Sonder-Angebot

Gardinen

haltbaren Qualitäten, Meter von 0.35 bis 1.20 Mark.

Abgepasste Fenster

das Fenster von 2.75 bis 15.00 Mark.

Teppiche

von 0.50 bis 150.00 Mark.

Bettvorleger

von 1.20 bis 13.00 Mark.

Läuferstoffe

von 0.50 bis 4.00 Mark.

Dekorationen

2 Flügel, 1 Laubregain in Leinen, Tuch, Volant, von 4.00 bis 30.00 Mark.

Chaiselonguedecken

in Gobelin, Plüsch, Moquette, von 5.50 bis 55.00 Mark.

Tischdecken

diverse Qualitäten, von 2.50 bis 25.00 Mark.

Möbelstoffe

in Plüsch, Moquette, Rips, Coteline, Gobelin etc. zu äusserst billigsten Preisen.

Anwählensetzungen bereitwilligst.

K. E. Schmidt

Deutschland und die Deutschen in der französischen Karikatur seit 1848.

Mit 90 Abbildungen. Anstatt 1.20 Mk. nur 60 Pfg.

Verhandlung Volkswacht.

Zur Aufklärung!

Um den vielfachen Missverständnissen und falschen Gerüchten entgegenzutreten, sehe ich mich veranlasst, meiner werthen Kundschaft hiermit bekannt zu geben, dass mein Betrieb durch den bei mir entstandenen, ganz bedeutenden

Brandschaden

in keiner Weise gelitten hat und in allen Teilen vollständig aufrecht erhalten geblieben ist. Ich bin in der Lage, nach wie vor allen an mich herantretenden Ansprüchen in

Fahrrädern

Ersatz- und Zubehörteilen

durch die nicht in Mitleidenschaft gezogenen Läger sowie fortwährenden Neulingänge jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten.

Ich bitte, das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen auch in Zukunft bewahren zu wollen.

Orkan-Fahrräder, Fahrradteile-Fabrik und Nähmaschinen-Industrie

4568

Bernh. Wedler, Breslau 8, Klosterstrasse 15 an der Feldstrasse.

NB. Der Verkauf der durch Brand, Rauch und Wasser zu Schaden gekommenen Waren wird demnächst besonders bekannt gegeben.

Möbel

eigene Fabrikation in bekannt guter Arbeit billige Preise Fabrik, elektr. Betrieb und Lager.

H. Nowack,

Friedrich-Wilhelmstr. 102, Magazin: Friedr.-Wilhelmstr. 62

Zigarren-Import

Moritzstrasse 42, Ecke Gabitzstrasse.

Filliale Gabitzstrasse 7, Ecke Götzenstrasse.

Rauch-, Kau- und Schnupftabak-Niederlage.

Inhaber: P. Schneider. 2823

Fragen Sie nicht

weil wir bereit billig verkaufen und beden Sie schleunigst

Ihren Bedarf. Für die Qualität der Waren leisten Garantie.

- | | |
|----------------------------------|--------------------------------|
| 1 Aufwischbesen . . . 28, 32 Pf. | 1 feiner Staubkamm 10, 20 Pf. |
| 1 Röhrenbesen . . . 90, 140 - | 1 Frisierkamm . . . 20, 35 - |
| 1 dto. Handfeger 45, 70 - | 1 Zahnbürste . . . 20, 35 - |
| 1 Möbelbürste . . . 35, 80 - | 1 Kleiderbürste . . . 18, 38 - |
| 1 Möbelpinsel . . . 28, 38 - | 1 Glanzbürste . . . 20, 45 - |
| 1 Teppichfeger . . . 32, 50 - | 1 Putzbürste . . . 35, 45 - |
| 1 Fensterbürste . . . 15, 28 - | 1 Kopfbürste . . . 25, 40 - |
| 1 Klopfbürste . . . 20, 35 - | 1 Schrubber . . . 18, 28 - |
| 1 Teppichklopper . . . 35, 45 - | 1 Schönerbürste . . . 10, 15 - |
| 1 Straußensieder-Wedel 60 - | 3 Bohnerbüchse . . . 40 - |

Schönertücher-Neuzeug

3 Stück zusammen 25, 40, 45 Pf. 4372

Bohrermasse - Stahlpläne - Fußmatten - Wascheisen

Klammern - Schwämme - Seifen - Spiegel etc. billigst.

London & Co., Oderstraße 5, 2. Viertel vom Ringe.

Breslau Jeder was sagst Hut Du nu! 1,95 Mk.

Hut-Fabrik - Niederlage -

H. Schönfeld 4678

17/18 Schmiedebrücke 17/18 - Adalbertstr. 6.

Tel. 3954. Solide Möbel Tel. 4117.

in eigener Werkstatt gearbeitet. 4284

Spiegel und Polsterwaren

reell und billigst.

Joseph Erkel,

Möbel-Fabrik

Fabrik: Opitzstrasse 8. Breslau V Verkauf-lokal: Gräbchenstr. 12.

Original-Phönix-Nähmaschinen



für Gewerbe u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Ansehen besonders geeignet. - Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen

Jul. Dressler & Co.

Breslau, Ring 6. Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Werkzeuge

Gute, brauchbare - unter Garantie - sowie sämtliche Werkzeuge und Verbrauchartikel für alle Handwerker zu billigen Preisen.

Gebrüder Friedrich

Breslau, Schmiedebrücke 24.

49 49 49 49

Halten Sie fest

nur reell und billig zu kaufen.

Anzug, gute Stoffe, 9 1/2, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

49 49 49 49

Seiden-Reste

ausreichend zu Blusen und Kleidern

Mtr. 0.95 1.25 1.55

früherer Wert bis 4 Mk.

49 49 49 49

Runschke Lauben,

Schweidnitzerstrasse 49, I. Etag.

49 49 49 49

Die sicher wirksamsten

Spül-Spritzen

Pr. n. 4, 6, 8, 10, 12 Mk. aus der Vertriebsstelle

Breslau, Nikolaistr. 21, I. Etag. vorw. Iolo Frau nur Sop. Damenbed. Verkauf für Zuhil. Anerkennungs

4117

Flüss. Metallputz

Macht das schmutzigste Metall im Nu blitzblank

Putzin

Das älteste, sachmännisch geleitete Gut-Geschäft vor dem Nikolaitor ist das vom

Hut-Banke

Inh.: Joh. Tossmer

Friedrich-Wilhelmstr. 23.

4117

Auf Kredit

Eventuell ohne Anzahlung

Möbel

Einzelne Stücke ganze Einrichtung, vom Einfachsten bis zum Feinsten.

Herrn-Garderoben

in nur modernsten Stoffen

Sprechapparate

in allergrößter Auswahl bei wöchentlichem Abgang von

1 Mark

Warsa-Kredit-Haus

Lorenz Hübner

nur Neuschest. 7. etg.

4117

Donnerstag, den 24. September 1910.

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 23. September.

Geschichtskalender.

24. September.

- 1837 Der Dichter und Literaturhistoriker Wilhelm Berg in Stuttgart.
- 1840 Der Chirurg Robert Friedrich Wilms in Berlin.
- 1904 Der Mediziner Niels Nyberg Hansen, der Erfinder der Lichtstrahlentherapie in Kopenhagen †.

Stadtverordneten-Versammlung.

Zweimal gab es gestern im Stadthause bewegte Debatten. Einmal stand die konservative Minderheit in scharfer Opposition gegen den Oberbürgermeister, der bei der Durchlegung der Paradiesstraße durchaus „Ruhe und Sachlichkeit“ bewahren will, das andere Mal drehte sich das Wortgespräch um die Fleischsteuerung oder richtiger um die dagegen vorgeschlagenen Abhilfemittel. Mehr als einmal hat die Versammlung schon dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Straße durch das ehemalige Grundstück der Delfabrik durchgelegt werden möge und vor den Toren war dieser Wunsch sogar in die Form eines Antrages gekleidet. Aber der Magistrat möchte an dieser Stelle so fern als gewünschte Maßnahme errichten, daß die Anlieger aller Pflanzungen ungeachtet zappa, bis dieser sein Wunsch erfüllt ist. Die grobe Mißachtung des Mitbestimmungsrechtes der Stadtverordneten-Versammlung, die in diesem brüskten Verhalten liegt, fand auf der rechten energischen Tadel und je öfter der Oberbürgermeister sich erhob, um mit durchaus nicht überzeugenden Gründen die Widerspenstigkeit des Magistrats zu verteidigen, um so energischer wurde die Stimme des sonst so sanften Dr. Hoffmann, um so größer wurde der Chor der Widersprechenden. Der Durchgang kann nach der Meinung des Oberbürgermeisters nicht geöffnet werden, weil das Grundstück noch nicht gepflastert ist, gepflastert kann es nicht werden, weil noch keine Röhren liegen und sich nach dem Legen der Röhren das Erdreich erst fassen muß. Und die Röhren wie das Pflaster kann nicht endgültig gelegt werden, so lange man nicht weiß, ob der Marfall in diese Gegend kommt. Für die Lösung dieser furchtbar komplizierten Dinge würde man sich wahrscheinlich erst einen Ingenieur aus New York kommen lassen und dann — dann rückt allmählich der Zeitpunkt näher, wo in den Jaun an der Paradiesstraße ein Tor gebrochen und die Bürger der Stadt durchwandeln dürfen. Zwar gibt es in allen Teilen der Stadt noch halbrecherische Straßen, zwar werden an allen Ecken und Enden in gepflasterte Straßen gelegt und zwar wissen wir nicht, ob in gleichen Augenblick eine andere Straße gepflastert wird, in die schließlich der Marfall kommt — aber was tut's? Der Magistrat will nicht! Seine Argumente waren so schlecht, daß sie niemand aus der Versammlung verteidigte — Herr Bischofs Rede kann man wohl kaum eine Verteidigung nennen. Trotzdem bewußte man sich mit der Einsetzung der vorgeschlagenen Kommission, in der wahrscheinlich der Kampf um den Jaun weitergeführt werden dürfte.

Die Debatte über die Fleischsteuer leitete Genosse Schütz mit einem kurzen Referat ein. Unsere Bemerkung, daß der sozialdemokratische Antrag zur Fleischsteuerung der zuerst eingereichte, wurde uns im Bureau zwar als unzulässig be-

zeichnet, da der freisinnige Antrag das Datum des vorhergehenden Tages trug. Um aber jeden Schein einer Parteilichkeit zu vermeiden, brachte der Vorsteher, Herr Dr. Freund, den Antrag Neutrich und Genossen zuerst zur Beratung und zur Abstimmung. Genosse Schütz führte etwa folgendes aus:

Die Beseitigung der Schlachtsteuer in diesem Frühjahr hat wohl bei uns allen die preiswürdige Tendenz dieser Maßnahme als selbstverständlich vorausgesetzt. Wir haben uns gefürchtet, nicht nur in Breslau, sondern auch anderwärts befragt man sich mit Recht über außerordentlich hohe Fleischpreise, und an verschiedenen Stellen wurden bereits Maßnahmen zur Beseitigung dieser Erscheinung. Obgleich die Landwirte die Schuld den Fleischhändlern und umgekehrt die Fleischhändler die Schuld den Landwirten aufzählen, wissen wir, daß unsere Politik dafür verantwortlich zu machen ist, weil durch Schutzzölle und Einfuhrverbote die Grenzen gespart wurden. Seit 1880 unterwirft das Reich aus sogenannten sanitären Gründen Maßnahmen gegen die Einfuhr amerikanischen Fleisches. Unter dem Landwirtschaftsminister hat allerdings erklärt, daß keine dieser Maßnahmen der Beseitigung dieser Erscheinung dienlich ist. Allerdings für Minister mit großen Gehältern und riesigen Privatvermögen ist diese noch zu ertragen, für Arbeiterfamilien aber wird die Ausbeute zur Katastrophe. Womit wurden die Gehälterherabsetzungen der Beamten befruchtet? Mit den hohen Preisen der wichtigsten Lebensmittel und aus demselben Grunde wurden bei unserer letzten Staatsberatung bedeutende Verstärkungen dieser gefordert. Daß Minister nicht wissen, wie es im Lande aussieht, ist uns hinlänglich bekannt, denn bei der Ernennung kommt es nicht auf die Qualifikation, sondern auf die Protektion an. Auf solche Posten werden Männer benannt, denen alle Vorkenntnisse für das zukünftige Amt fehlen. — Eine Deputation von Fleischhändlern hatte bei dem Herrn Landwirtschaftsminister eine Konferenz. Was ist das Resultat derselben? Der Herr Minister befand sich in lebhaftem Interesse, welches er der Frage der Fleischsteuerung und Fleischversorgung entgegenbrachte und erörterte eingehend die Maßnahmen, welche er empfohlen habe, um eine weitere Steigerung der inländischen Vieherzeugung zu erzielen. Das ist eine Verhöhnung des Volkes, dieselben Versprechungen hat uns schon der verlassene Landwirtschaftsminister v. Bobbertsch gemacht. Der Herr Minister sagte, wenn auch die Preise für Küder und Rinder den Höchststand der 1908 in manchen Orten überschritten hätten, so sei doch ein wesentlicher Vorteil gegenüber dem Jahr 1906 darin zu erblicken, daß ein Mangel an Schweinen nicht vorhanden sei, und der Preis sich in zulässigen Grenzen gehalten habe. Es sei deshalb nicht gerechtfertigt, von einer Fleischsteuerung und davon zu reden, daß die Fleischversorgung der arbeitenden Bevölkerung zur Zeit in Frage gestellt sei. „Mäßige Preise“, „keine Fleischnot“. Es genügt, diese ministerielle Weisheit bekannt zu geben; sie werde ihre Wirkung nicht verfehlen. Derselben Regierung aber, der dieser Minister angehört, verdanken wir Zölle, welche uns etwas anderes lehren. An der Hand der Statistik des deutschen Reiches führt nun Redner den Beweis für die teilweise geradweg unebene Steigerung der Fleischpreise. Jeder Zweifel muß schwinden, wenn man die Preise für argentinische Fleisch in London in Beziehung zu den Fleischpreisen in Deutschland setzt. Die argentinische Regierung hat sich bereit erklärt, einwandfreies Fleisch nach Deutschland zu liefern, die deutsche Regierung hat aber dieses Angebot abgelehnt. Was heißt denn bei uns Regierung? Die Junker besetzen und die Regierung stimmt unbedenken an, daß auch in diesem Falle die Regierung kapituliert hat, geht aus einer halbamtlichen Korrespondenz hervor, in welcher es heißt: „Es besteht auch die Gefahr, daß durch zu starke Auslandskonturen die Rentabilität der deutschen Viehzucht sehr in Frage gestellt wäre und die heimische Viehzucht stark vernachlässigt würde.“

Also die Rentabilität der Junkerbetriebe geht über das Wohl des Volkes. Der ewige Hinweis auf die ausländische Konkurrenz ist bereits alle Grenzen gespart worden. Es dürfen wöchentlich 2500 Schweine aus Russland nach einigen Schlachthöfen Oberdeutschlands. Warum gerade 2500 und nicht 5000? Warum gerade nach Oberdeutschlands und nicht auch nach Posen, Ost- und Westpreußen? Man richte in Gydin, Pold, Soldau, Thorn und Ostrow Schlachthäuser in der gleichen Art wie in Oberdeutschlands ein und der Bedarf an Schweinen wäre sicher gedeckt! Aber man will eben nicht alle landwirtschaftlichen Produkte steigern im Preise

und die Regierung leistet den Junkern Bessere Dienste. Nur ein Beispiel dafür: Die Margarinefabrikanten bemühen sich seit mindestens zehn Jahren um einen Einkaufszolltarif. Der Erfolg ist gleich Null. Die Erzeugnisse der nationalen Ackerkultur erheben sich durchweg billiger als Importwaren. Selbstverständlich müssen die Konsumenten der Margarine deren höhere Preisbelastung durch gesteigerte Preise büßen, sie sind das Opfer der Eisenbahnpolitik nach agrarischen Rezepten. Aus den angeführten Gründen bitte ich Sie, unserer Intervention Ihre Zustimmung zu geben.

Den freisinnigen Antrag begünstigte Justizrat Seim. Einmütig sei man darin, daß eine Fleischsteuerung bestehe und besonders, daß wie sie in Breslau fühlten. Seinem Vorredner wollte er nicht folgen, wenn er auch seine Begründung für guttunend halte. Jedemfalls seien für Angriffe gegen Viehhändler und Fleischhändler keine abwegenden Gründe beigebracht. Er beschreibe ebenso wie der Vorredner auch die Probefschachtungen, welche von der „Schlesischen Zeitung“ veranlaßt als Schauspiel bezeichnet worden seien. Der freisinnige Antrag unterlasse die sich von dem sozialdemokratischen durch den höheren Ton, denn sie fühlten sich mehr als revolutionäre Hoffnungen. Besondere Vorschläge zu machen, halte er nicht für angebracht.

Professor Dr. Geiffert von der rechten Seite erklärte, daß eine Forderung sich an der Behandlung der Frage beteiligen, weil es eine wirtschaftliche Frage sei, die ohne politischen Beigeschmack behandelt werden könne. Wenn dies auch von dem sozialdemokratischen Redner nicht geteilt sei. Mit der Fassung des freisinnigen Antrages sei er einverstanden.

Dr. Herffschel ging zunächst polemisch auf einige Punkte der sozialdemokratischen Ausführungen ein und meinte dann, wenn man an die Reichsregierung gehen wolle, so läge es doch näher zu fragen, was der Magistrat getan habe oder tun wolle, um die Taxierung zu mildern. Die Politik sei nicht die Ursache. Im Ausland herrsche ja auch Fleischnot. Mit dem Antrage Seim erklärte er sich einverstanden, ohne seine Begründung anzugeben.

Dr. Herffschel sprach sich ähnlich aus. Beim Beschluß über den Fortfall der Schlachtsteuer habe der Oberbürgermeister sehr scharfe Worte gebraucht gegen die Fleischhändler, die etwa den Gewinn allein einnehmen wollten. Habe man jetzt an eine Ermäßigung der Schlachtsteuern gedacht?

Stattd. Brinke berichtete über den Ausfall der Probefschachtungen, die ergeben habe, daß die Fleischhändler an der Taxierung keine Schuld treffen. Strenge Seite erregte es, als er mitteilte, daß die „Schlesische Zeitung“, das einzige sachverständige Blatt in landwirtschaftlichen Dingen in Breslau, zu diesen Probefschachtungen einen Mitarbeiter geschickt habe, der sich nach der Verwendung der „Schweinehäute“ und deren Ertrag erkundigt habe.

Oberbürgermeister Dr. Wenber meinte, daß mehr als die Reichsregierung wohl die Landesregierung bei der Vorstellung in Frage komme. Die Frage, was der Magistrat tun solle, sei sehr heikel. Sollte er Fleischhandel treiben — damit würde er die Heikelere ärgern. Er könnte auch dann Viehzüchter und Fleischhändler betreiben und würde keine Grenzen finden. Die andere Gewerbe betreiben und würde keine Grenzen finden. Die Schlachthöfebetreiber befehlen nach Feststellung des Schlachtopferts das Blut Fleisch nur mit einem halben Pfennig. Der Magistrat habe nach dem Fortfall der Schlachtsteuer die Fleischhändler mit einem Zuschlag veranlaßt, die Preise herabzusetzen. Der Erfolg des Beschlusses der Schlachtsteuer sei, daß Breslau jetzt eine der billigsten Städte sei, während früher das Fleisch hier am teuersten gemessen sei. Was die städtischen Güter betreffe, so befänden sich nur Kleeberg und Viehmarkt in städtischer Bewirtschaftung. Die Erträge von Kleeberg seien auch durch Viehzucht gebessert worden.

Stattd. Veltberg vollkommener gegen die konservativen Redner. Er bittet, wenigstens nicht gegen den Antrag zu sprechen, wenn sie dafür stimmen wollen.

Stattd. Veltberg weist darauf hin, daß das Reich mit seiner Politik die Wäcker verschuldet und darum allein auch die Wäcker verschulden kann. In Dänemark, Holland, Schweiz, Argentinien, Rumänien sei Ueberfluß an Fleisch und Vieh vorhanden. Es wird nichts davon hereingelassen, weil die Fleischnot des Volkes davon keinen Nutzen, den Junkern eine gesicherte Existenz zu schaffen.

Stattd. John (konf.) schloß sich in seinen Ausführungen vollständig den Argumenten der sozialdemokratischen und der freisinnigen Redner an und erklärte, für beide Resolutionen zu stimmen. Er wies in sachkundigen Ausführungen nach, daß seine engeren Fraktionskollegen Mitschke und Derschel nichts von den Dingen verstehen und warnte vor den einfältigen Notizen der „Schles. Zn.“

Aus aller Welt.

Zum Tode von Josef Kainz. Donnerstag, Nachmittag 1/2 Uhr, fand unter riefender Beteiligung in Wien das Leichenbegängnis von Josef Kainz statt. Im Grabe sprachen Burgtheaterdirektor von Berger und Burgtheaterschauspieler Schmitz. — Josef Kainz hinterläßt zwei fette Tramen, ein „Saul“-Drama und ein „Themistokles“-Drama, außerdem den Entwurf und Fragmente eines „Selena“-Dramas. In dem „Selena“-Drama, das in Wien gehalten ist, arbeitete Kainz auch den Sommer über. In der vorletzten Woche begann er, seine Beziehungen zu Königin Ludwig II. von Bayern zu diskutieren, doch kam er nicht über den Anfang hinaus. Auch eine Gedichtsammlung soll der Minister hinterlassen haben.

Dr. Schlenker, der frühere Suburgtheaterdirektor, schreibt nach einer reichen Anerkennung für Kainz' künstlerische Gaben auch folgenden: „Er spielte im Laufe der Jahrzehnte eine verhältnismäßig geringe Zahl von Rollen so oft, handhabte alles Technisch mit einer so unerschütterlichen Sicherheit, daß seine inneren Seelenkräfte nicht immer mithalten konnten. Er hatte sich an das gewöhnt, was man im Theaterjargon „akt spielen“ nennt. Das Akterleben rasselte so maschinenhaft rasch und leicht dahin, daß er es gewissermaßen in absentia von selbst rasen ließ, und der Ruhm seines Namens war so mächtig, daß er zum Dogma ward und man nicht merkte, wie seine innere Gestalt ärmer wurde, wie die Manier immer fester, die Charakteristik immer allgemeiner wurde, wie sich an die Stelle des Seelischen das Technische setzte, wie nur an besonders festlichen Tagen durch alle Virtuosität und Erstickung der alte, junge, ganze Schauspiel, vor dem sich alle Himmel öffnete, wieder zum Vorschein kam. Das geschah am Besten noch öfter als auf der Bühne. Als ihn immer glänzenderes Gastspiel anregte, wußte er, daß er deshalb seine Stellung im Burgtheater aufgeben wollte, setzte er sich in den Unterhandlungen solche Überforderungen und fügte mit fragendem Augen hinzu: „Es muß doch ein neuer Kunst nicht in Ordnung sein.“ Ich schwieg. Als er aber einige Zeit später dieselbe Bemerkung wiederholte, erwiderte ich: „Es scheint fast so.“ Nur einmal schen er selbst die Antwort zu geben. Da sprach er zu mir ein ähnliches Wort, wie wir es von Mittern hören mußten: „Mit der Kunst beim Theater bin ich fertig. Ich will nur noch die Taufe ausrauben, damit ich meinen geliebten Zeitungen folgen und mit meiner Frau das Leben angenehm machen kann.“

Grade Menschen von der Bedeutung eines Kainz verdienen es, daß man den falschen Imperativ: „Von den Toten nur Gutes!“ schwächen heißt und der Wahrheit, die immer am Platze ist, auch bei Nachrufen, die Ehre gibt.

Der geplante Flug über den Simblom. In dem Flug über die Alpen werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Mittwoch morgen hat sich das Wetter anstark. Es ist sehr frisch, der

Himmel ist jedoch unbewölkt und die Flieger treffen Vorbereitungen, den Flug über die Alpen neuerdings zu versuchen. Um 9 1/2 Uhr machte Heymann einen Aufstieg, um 9 Minuten später zu landen, da an seinem Apparat eine leichte Anstörung vorgenommen werden muß. Einige Minuten später machte er einen neuen Aufstieg und erreichte eine Höhe von 1300 Metern. Diese Fahrt erfolgte in praktischer Weise und rief allgemein Beifall seitens der Zuschauer hervor. Bei 1200 Meter Höhe hatte Heymann gegen eine starke Briesel anzufliegen, welche den Flieger erzwang, nach dem Aufsteigplatz zurückzuführen. Um 10 Uhr erfolgte ein dritter Versuch, der aber ebenfalls vergeblich war. Nach 40 Minuten mußte der Aviatiker wieder landen, ohne daß es ihm gelungen war, den Flug über die Alpen zu versuchen. Inzwischen war Chaves im Auto vom Gipfel des Simblom zurückgekehrt und schickte sich rüber, an den Aufstiegsversuchen. In Wien erwartet man mit großer Spannung Nachrichten aus Trig und Domodossola. Man hofft in Folge der glänzenden Witterung, daß ein endgültiger Versuch gemacht werden wird.

Dem Staat „Krone“ zufolge wird anläßlich der Ausstellung in Rom 1911 ein Flugmeeting über das Mitteländische Meer zwischen Rom und Cardinen organisiert werden.

Schiffkapitän eines russischen Kisten. In wenigen Tagen beginnt vor den Schranken des Petersburger Bezirksgerichts ein interessanter Prozeß, dessen Held der Petersburger Ledewelt angehört und sich durch seine Schwindelkünste einen Namen gemacht hat. Fürst Georg Behunow hat es durch eine Reihe von Jahren verstanden, sich, gestützt auf seinen Titel, immer wieder von neuem dem „Arum der Gerechtigkeit“ zu entziehen, bis ihn sein Schicksal ergriff hat. Die Aufklärung der Schwindelkünste des Fürsten ist nicht ganz leicht, doch möge die Aufklärung der Hauptgeschehnisse dieses Kavaliers genügen. Der erste große Coup des Fürsten bezahnte bestand im Verschwindeln eines Petersburger Kaufmanns um über eine halbe Million Wert, die durch wertlosen Wechsel „gedeckt“ wurden. Solche Wechselgeschäfte gehören zur Spezialität des Fürsten, bis seiner seine Wechsel mehr diskontierte. Dann wurden mehrere Automobilfirmen durch die „Erwerbung“ neuer Wagen geschädigt, Wagen nach Pferde ohne Geld angekauft, bis auch diese Art von Geschäften nicht mehr ging. Schließlich wurde durch eine Privat von Fürstentitel einer reichen Kaufmannstochter verkauft, die sich sofort scheiden lassen wollte als sie sah, daß sie einen Gauner geheiratet hatte. Der Fürst ging gegen eine hohe Abstandsgebühr auf die Ehe ein, ließ sich die Summe auszahlen und verweigerte darauf die Scheidung. Um sich von neuem in den Besitz von Geld zu setzen, wollte Fürst Behunow gegen eine abermalige bedeutende Abfindungsumme noch einmal heiraten und verlobte sich mit einem Fräulein Ponomowitsch, die nach erfolgter Zahlung um ihre Lebensversicherung erfuhr, daß ihr Verlobter bereits verheiratet ist. Diese letzte Affäre brachte dem fürstlichen Hochkapitel den Hals. Fräulein Ponomowitsch ging zum Chef der Geheimpolizei und zeigte ihren Verdacht an, der jetzt hinter Schloß und Trauel liegt.

In der Nachtstunde in Judiana, einer der schwachen, die Amerika je heimgeleitet hat, berichtet ein Augenzeuge: Ich stand

auf dem Trittbrett des nordwärts fahrenden Wagens, in dem jeder Zoll von der Ausfüllung in Wayne zurückbleibenden Ausfüllern bereit war. Nachdem wir Ringland passiert hatten, mußten wir eine Kurve nehmen. Jetzt lag ich etwa 200 Meter vor uns einen anderen Wagen mit großer Schnelligkeit heranfahren. Ich sah, was kommen würde, und sprang ab. Kurz darauf hörte ich ein Krachen, ein Splittern sowie ein mahlenes Geräusch. Der uns entgegenfahrende Wagen schien in die Höhe zu gehen und drang in den anderen bis 6 Fuß tief ein. Scherze Stahlposten bogen sich wie leichtes Blei. Nach dem Zusammenstoß herrschte einige Sekunden schauerliches Schweigen. Alsdann hörte man die furchtbaren Töne und Silben der Verletzten und Sterbenden. Aus den Trümmern drang Blut, das bald große Lachen bildete. Ich sah einen jungen Menschen, der zuerst seine Frau tot fand und im nächsten Augenblick seine Mutter. Er wurde vor Schmerz wahnsinnig.

Temperatursturz in der Schweiz. Infolge des intensiven Wetterkurzes fällt in der Schweiz viel tief ins Tal hinab Schnee; die Temperatur ist bis auf 3 Grad gesunken.

Einsturz eines Zirkus. In Mejoras del Campo, einer größeren Ortschaft der Provinz Madrid, war anläßlich des Jahresfestes ein großer Zirkuslager errichtet worden, in dem ein Stierkampf stattfand. Als alle Plätze gefüllt waren, brach der Bretterbau plötzlich zusammen, alle Zuschauer unter den Trümmern begraben. Eine Leiche wurde geborgen, 100 Personen sind verletzt, darunter 30 schwer.

Brandunglück im Erzgebirge. In Buchhardtshof im Erzgebirge brach auf unangesehene Weise in einer Mühle Großfeuer aus, das rasch um sich griff und in kurzer Zeit das ganze Gebäude vollständig einäscherte. Auch ein Nachbarshaus wurde von dem Flammen ergriffen und brannte auf. Das sechsjährige Kind des Hausbesizers ist in den Flammen umgekommen. Durch das Feuer sind zehn Familien obdachlos geworden.

An Fischbergigung erkannt. Nach dem Genuß von Fischsalat ist die Familie eines Rührer Rechnungsrats sehr schwer erkrankt. Die aus fünf Personen bestehende Familie liegt trotz sofort angewandter Organelmittel schwer krank darnieder.

Ein Vagabund verurteilt. Ein Telegramm aus München meldet: Die Strafkammer des Landesgerichts Landshut verurteilte den katholischen Vagabund Michael Stöger von Heberisfeld wegen Falschfälschung und Diebstahl zu vierzehn Tagen Gefängnis. Der Mann hatte als Vorstand der bayerischen Armenpflege den Tod eines Armenhauskinder dadurch verursacht, daß er die gelähmte Person in wenig überwachter Weise in die Kasse des Armenhauses warf. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen Gefängnis beantragt.

Drei Kinder verbrannt. In Gammeln in Pommern brach in der Dampfzuckerfabrik von Spreer ein Großfeuer aus, das bis Mollerei und das Wohnhaus einschloß. Der Besitzer und sein jüngster Sohn retteten das nackte Leben, während die drei anderen Kinder des Besitzers den Tod in den Flammen fanden.

Demokratischer Antrag wurde mit großer Mehrheit, der freisinnige einstimmig angenommen.

Die Ausschussierung der Straße 89 des Wohngebietes in Aßling, zwischen Soboszlern und Vobro, an dem neuen Südpark, ist auf Grund des letzten Schottländer-Vertrages zur Hälfte (11.000 Mark) auf die öffentlichen Kosten zu veranschlagen. Der Magistrat beantragt, die Kosten aus dem Hauptverordnungsprogramm zu entnehmen, wogegen der Referent, Dr. Sander, darauf hinweist, daß man doch zweckmäßig die Kosten aus den 50.000 Mark beider Mühle, die Herr Schottländer nach dem Vertrage über den Südpark an Stelle des einen Morgens am Südpark einbringen zu zahlen hat. Der Redner beantragte dementsprechend zu beschließen. Oberbürgermeister Dr. Fendler sprach dagegen und wünschte, daß dieses Geld für Parkverbreiterungen auf der Ostlicher Seite reserviert bleibe. Die Versammlung beschloß aber nach dem Antrage des Referenten.

Der Plan von zwei Reanimatorhäusern des Hofkrankenhauses in Serrndorf, die auf 78.500 Mark veranschlagt sind, wurde genehmigt, und zwar wurde auf Veranschlagung des Ausschusses beschlossen, den Plan in öffentlicher Generalversammlung zu veröffentlichen.

Der Antrag auf Ankauf der Grundstücke Klosterstraße Nr. 96 und 98/100 für zusammen 700.000 Mark und Verpachtung des ersten Grundstückes an den bisherigen Pächter für jährlich 13.750 Mark ging an den Ausschuss und an den Grundbesitzsausschuss. Der Referent Scholz bezeichnete den Preis als sehr hoch.

Ein Antrag wurde eingebracht: Annahme einer Leihwilligen Zuerkennung des am 8. Juni d. J. verstorbenen Parikulier Adolf Kraus in Höhe von 10.000 Mark für das Hospital für alle kranken Diensthelfer.

Verkauf eines Grundstückes des Claasenschen Viehhofes zur Durchbildung der südlichen Straßendehnung Trebnitz-Welschburger-Platz.

Uebersetzung einer Landfläche der Hofverwaltung am Zehndelberg an die Kanalisationswerke zur späteren Erweiterung des Pumpwerkes.

Kauf des Straßenvorlandes vor dem Neubau Antonienstraße 36/37 für 19.500 Mark.

Kostenloser Austausch von kleinen Parzellen an der Behmstraße.

Kauf von Grundstück in Mühlendorf und Erwerb einer Parzelle in Steine für 140 Mark.

Anlegung des Schmutzplatzes an der Steinstraße. Eine Weidestraße.

Ortsstatut über Beitragsleistungen zu den Kosten der Schwemmlarvalkation nach dem ursprünglichen Magistratsentwurf.

Anlassung der südlichen Hausgrundstücke Neue Weltasse 27, 28, und 29 für 1320 Mark.

Verbesserung von Kellern in der Sellanstalt für Herden und Gemütsfrucht für 600 Mark.

Vergebung von Zuschüssen für die Feuerwehr. Arbeitsverhältnisse.

Entlassung des Suroauditoren Kreis als technischer Magistratssekretär und des Militärkommissars Johann Mey als Polizeiangestellter.

Kommissar Simniol.

Megen Verleumdung des hier so oft genannten Polizeikommissars Simniol hatten sich gestern unsere Redakteure Albert und Dorf gemeinsam vor der Breslauer Strafammer zu verantworten. Unter Anklage standen vier Artikel, die aus Anlaß der Breslauer Straßendemonstrationen im Februar und April erschienen waren. Durch die an Simniol geübte Kritik hatte sich auch der Polizeipräsident von Dppen mit beleidigt gefühlt und gleichfalls Strafantrag gestellt. Drei Artikel im Februar hatte Dorf und einen vierten im April Albert verantwortlich gezeichnet. Albert wurde außerdem vom Staatsanwalt als Verfasser eines der von Dorf angezeichneten Artikel angesehen.

Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, den diesmal als Beisther fungierenden Landgerichtsrat Flenk wegen Befangenheit ab. Die Befürchtung der Befangenheit leitete er aus dem Verhalten des Landgerichtsrats als Vorsitzender im Waldenburger Straßendemonstrationsprozeß her, der Albert sechs Monate Gefängnis eingebracht hatte. Herr Flenk bezeichnete sich selbst als nicht befangen und das Gericht wies, wie zu erwarten war, die Ablehnung als unbegründet zurück. Hierauf wurde über die einzelnen Artikel verhandelt.

Der erste Artikel schilderte Ereignisse, die Genosse Albert im 20. Februar mit Simniol auf der Schweidnitzerstraße gemacht hatte. Damals war die Schweidnitzerstraße abgesperrt worden, obwohl der Ring menschenleer war, um zu verhindern, daß die Besucher der Versammlung im „letzten Keller“ in das Innere der Stadt gelangen sollten. War das an sich schon eine, auch im Hinblick auf den Zweck ganz seltsame Maßnahme, so kam noch hinzu, daß Kommissar Simniol sie auszuführen hatte. Zufällig war Albert dort vorbeigekommen und anschließend der sonderbaren Strategie, die dort entfaltete wurde, habe er zu einem Begleiter geäußert: „Es ist doch sonderbar, daß dergleichen immer bei Herrn Simniol passieren muß“. Der Fall führte schließlich dazu, daß Simniol Albert aus etwa zwanzig Schritte Entfernung zurückgehen ließ, um dessen Personagen festzustellen. Dabei behauptete er erwidern zu lassen, daß Albert in der That weitergegangen. Das Schöffengericht hat Albert in zwischen von dieser Beschuldigung Simniols bereits freigesprochen, nachdem die Unrichtigkeit der Behauptungen des Kommissars durch mehrere Zeugen nachgewiesen worden war. Das gleiche Ergebnis hatte auch die gestrige Beweisaufnahme.

Der zweite Artikel schilderte das Verhalten eines Berliner Polizeikommissars, der sich bei den dortigen Straßendemonstrationen als höchst aufgeregt und schnellig gezeigt hatte. Da der Artikel die Ueberschrift: „Ganz wie bei Herrn Simniol“ trug, sollte auch er für Simniol beleidigend sein.

Ein weiterer Artikel beschäftigte sich mit dem überflüssigen Polizeiaufgebot am Abend der Gewerkegerichtswoche. Es war darin zum Ausdruck gebracht, daß die Schutzleute durch die übermäßige Anstrengung in eine „Simniol-Stimmung“ verfaßt wurden, die dann bei Wahrschuldemonstrationen zum Ausdruck kam. Der Ausschuss „Simniol-Stimmung“ sollte gleichfalls eine Beleidigung für den Kommissar darstellen.

Der letzte Artikel schilderte endlich die Vorgänge bei der Südpark-Demonstration am 10. April. Beleidigend sollte darin unter anderem sein, daß von dem bekannten Schottländer „Stimmvolk, Aprilstraße 7“ die Rede war, den jeder als eine von Polizeipräsidenten gewollte Provokation angesehen habe. Der Polizeipräsident gehöre nicht zu den Weisen, die durch Jähren zur Wahrheit reifen. Weitere Beleidigungen wurden in der Schilderung des Verhaltens des

Ward mehrere genannt wurde hieran zweifelhaft festgestellt, daß Simniol dem Töpfer Heinrich Steinert, der mit seiner Frau in der Nähe des Südparkes nachgelassen war, ihn an der Schulter gepackt und am Kaiser Wilhelm-Markt in den Graben hinuntergeschleudert hat. Die Frau des Steinert ist vor Angst erschrickt, weil auch sie Mißhandlungen von Seiten Simniols beklagt. Obwohl der Fall durch zahlreiche Zeugen mit voller Bestimmtheit behauptet wurde, legte die Herr Simniol und blieb auch allen Ermahnungen des Vorsitzenden zum Trost dabei stehen, es sei nicht wahr, daß er den Steinert in den Graben geschleudert habe. Die Simniol unterstellten Schutzleute haben von allem nichts gesehen. Sieben Zeugen gegen einen Kommissar! —

In dramatischer Weise gestaltete sich die Beweisaufnahme, als über die Person des Kommissars Simniol im allgemeinen Feststellungen getroffen werden sollten. Von der Verteidigung waren zwei ehemalige Unterbeamte Simniols als Zeugen geladen worden, von denen der eine sich nur in ein anderes Mitglied verlesen ließ und noch als Schwamm fungiert, während der andere zur Steuerbehörde übergetreten ist. Der eine dieser früheren Unterbeamten hat, wie der Verteidiger mitteilte, „ein ganzes Tagelager von den Schandthaten Simniols“ angelegt. Der Polizeipräsident hat jedoch beiden Beamten verboten, über ihre Erfahrungen mit Kommissar Simniol als Zeugen Aussagen zu machen, da dadurch — das Staatsinteresse gefährdet werde!! (Große Verwahrung.)

Rechtsanwalt Simon beantragte sofort die Verlegung des Prozesses, um gegen dieses Verbot Beschwerde zu erheben. Die Angeklagten seien damit so gut wie rechtslos gemacht, wenn auf diese Weise verhindert werde, über die Person des Kommissars Simniol volle Klarheit zu schaffen. Das Gericht lehnte aber den Verlegungsantrag ab!

Darum erklärte Albert: Es ist hier wieder das alte Lied. Und werden Gründe und Rufe gebunden, man läßt nicht zu, zu beweisen, was wir beweisen wollen und nachher erklärt man: „Der Wahrscheinlichkeit ist den Angeklagten nicht gewöhnt.“ Da ist man doch verwirrt und veräfft. Verwirrt werden wir aus diesem Verbot der Aussagen unsere Klänge ziehen.

Simon hat ein Bittgesuch an, der mit Simniol gemeinsam in der Höhe gestanden hat. Er gibt an, Simniol habe als schlichter Mann zu gelten. Simon dem habe er mit Sicherheit überlassen. Als Verteidiger ist er indes nervös und jagt vor sich herum, er habe die eine Hand auf die Brust, vorwärts zu kommen beabsichtigt. Er ließ sich auch an Mißhandlungen hinsetzen. Die ganze Komposition habe vor ihm geübt. Wenn er sei der gefährlichste Mann der Stadt.

Ein Cavalier behauptete, er sei von Simniol von dem Augenblick an auf das Schickliche kontrolliert und drangaliert worden, wo er irgendwo herum bei sich erduldete habe. Zuerst habe er Simon und dann Simon von Dppen vor seinem Hause gesehen. Simon behauptete, daß er nicht in der Nähe der Polizeistation gewesen sei, sondern in der Nähe der Polizeistation gewesen sei. Die ganze Komposition habe vor ihm geübt. Wenn er sei der gefährlichste Mann der Stadt.

Genosse Flenk behauptete als Herr einen Fall, wo Kommissar Simniol von einer Verurteilung im New York-Gebäude, die in der ersten Zeitschrift erschienen, alle Kräfte schienen ließ. Man habe das als Fälschung und Ungeheuerheit angesehen. Auch sonst zeigte sich der Simon als sehr von einer weichen angenehmen Seite als andere Beamte, die in persönlicher Lebensschwierigkeit ihren Dienst erließen.

Ein weiterer Zeuge behauptete einen Fall, wo er angeklagt war und Simniol als Zeuge wider ihn auftrat. Das Gericht hat damals Simniol keinen Glauben beimessen, verurteilt und deshalb auf Bewährung erkennen müssen.

Folgende Zeuge verdient noch besonders hervorgehoben zu werden:

Genosse Albert im Polizei-Inspektor Wolschmann: Ich bin überzeugt, daß sich Schutzleute wegen des rohen Jones Simniols und seiner heftigen Kräfte haben erheben lassen?

Pol.-Insp. W.: Mir ist nur ein Fall bekannt, aber da... Albert: Mir sind eine ganze Anzahl bekannt. Ich bin heute heuer bekannt, daß die Schutzleute sich über Herrn S. beschwert hat, daß aber die Beschwerde nicht ordnungsgemäß, sondern unter der Hand erledigt worden ist?

Pol.-Insp. W.: Davon ist mir nichts bekannt. Soviel ich weiß, sind alle Beschwerden amtlich erledigt worden.

Albert: Ich bin bekannt, daß auch die Beschwerden eines Schutzmannes von Herrn S. nicht weitergegeben worden sind?

Pol.-Insp. W.: Nein.

R.-A. Simon: Wissen Sie, daß Herr Simniol zu dem Dienstmädchen gesagt hat: „Ach, kommen Sie doch mal wieder, wenn ich ganz allein bin?“

Pol.-Insp. W.: Nein.

R.-A. Simon: Ich habe noch eine Frage, aber darauf werden Sie wohl die Anklage verweigern: „Wissen Sie, wie oft Herr Simniol diskretionär vom Polizeipräsidenten beauftragt werden ist?“

Pol.-Insp. W.: Darauf verweigere ich die Anklage.

R.-A. Simon: Das genügt mir.

Nach Beendigung der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt, nachdem er erklärt, niemand eigne sich besser zum Kommissar wie „gerade Herr Simniol“, der ein „überaus tüchtiger, völkervereuer und wahrheitsliebender Beamter“ sei, gegen jeden der beiden Angeklagten drei Monate und drei Wochen Gefängnis.

Rechtsanwalt Simon plädierte in längerer, geschäftig angelegter Rede für Freisprechung beider Angeklagten. Er ging alle Punkte der Anklage durch und kam zu dem Ergebnis, daß der Wahrscheinlichkeit als Zeugen zu gelten habe. Die Angeklagten hätten aber auch in Verbindung berechtigter Interessen gehandelt, und wenn der Ton der Artikel etwas ironisch sei, so könne doch fest, daß Herr Simniol nicht zu den Beamten zähle, die tadellos frei daliegen. Der Anwalt aber frage, wenn wirklich nicht alles bewiesen worden sei, der Polizeipräsident daran die Schuld, der den Beamten verbiete, über Simniol auszusagen. Der Polizeipräsident wisse eben von dem Schicksal, das die Beamten über Herrn S. aussagen wollten, und deshalb verbiete er es. Den Beamten, die Gutes über S. auszusagen wollten, habe er ja das Sprechen nicht verboten...

Genosse Albert erklärte noch, er habe anfänglich nach den Erfahrungen im letzten Polizeiprozesse seinem Verteidiger das Mandat abgeben und sich überhaupt nicht an der Verhandlung beteiligen wollen. Er habe, wie ein bekannter Breslauer Jurist auch, nun einmal zur Breslauer Justiz kein Vertrauen. Da wo 12 Schutzleute auftraten, würde eben, ganz wie vor 3 Wochen, nur den Schutzleuten gestanden. Es habe deshalb gar keinen Zweck, erst lange zu verhandeln. Er aber der Vorsitzende zu Beginn der Verhandlung eine streng unparteiische Leitung auszusprechen verweigert habe, habe er seine Pflicht aufgegeben. Jetzt aber wiederhole sich dasselbe Schauspiel wie vor 3 Wochen. Der Staatsanwalt läßt nur die Aussagen der Schutzleute gelten. „Dies Kind, kein Engel ist so rein!“ sagte er von Herrn Simniol. Was solle man dazu sagen? Immerhin glaube er, daß nach dieser für die Polizei so wenig ehrenhaften Beweisaufnahme und nachdem man ihn die Hände gebunden und seine Verteidigung beschränkt habe, selbst dieses Gericht zu einer günstigen Würdigung der heutigen Vorurteile kommen müsse.

Genosse Dorf erklärte, der „Volkswacht“ mache es wirklich keine Freude, sich immerwährend mit diesem einen Herrn Simniol beschäftigen zu müssen. Selbst sei seine Ansicht vorhanden, daß dies anders werden könne, da der Polizeipräsident den Beamten jährt. Ein so nervöser und aufgeregter Mann gehöre, mindestens nicht in der Umgebung. Die Beschuldigung, insbesondere die Geschicklichkeit im Revier dieses Herrn, würden erleichtert aufkommen, wenn der Polizeipräsident ihn von der Straße wegnähme und ihn nur noch im Inneren der Stadt verblende.

Gegen 7 Uhr abends, nach 10 stündiger Dauer der Verhandlungen, wurde

Das Urteil

verkündet. Der Vorsitzende begann seine Verlesung bezüglich nennendweise mit den Worten: „Das Gericht hat nicht den Eindruck gewonnen, daß der Polizeikommissar Simniol ein ungeeigneter Beamter“ ist. Das schien somit dem Gericht die Hauptfrage zu sein, sonst hätte es doch diese eigenartige Feststellung nicht an die Spitze der Urteilsverlesung gestellt. Der Leser wird daraus mit Leichtigkeit die nötigen Schlüsse ziehen. Wir können leider ein solches Verfahren nicht konzedieren, weil für uns die sogenannte „Freiheit“ aufgehoben ist. Wie ist das drastischer bewiesen worden, als durch den gestrigen Prozeß!

Der Vorsitzende fuhr dann in der Urteilsbegründung fort: Was Herr Simniol als Ehrliebe vorgeworfen worden sei, sei sein Beruf. Herr Wolschmann hätte ihn als wichtigen Beamten geschilbert, der allerdings hier und da amüßlicher Nebenerwerb befinde. Er gebe manchmal zu streng und schroff vor und verstehe nicht, sich das Wohlwollen und die Liebe des Publikums zu sichern. Zwar stehe seine Anklage der einige Zeugen entgegen, aber (mit erhobener Stimme) daraus ist nicht zu folgern, daß der Kommissar einen Meineid geleistet hat. **Die Frau war allerdings unrichtig, was Herr Simniol im Falle Marx gesagt, ja, es war sogar eine Unwahrheit.** Trotzdem darf man aber nicht sagen, daß er leichtfertig mit dem Eide umgehe. (Das hatte auch niemand behauptet! Red.) Menschlich ist es sehr verständlich, was Herr S. getan und gesagt. Er hat sich eben im Irrtum befunden und diesen Irrtum nicht gleich erkannt. Er ist auch manchmal mit einer Schärfe verfahren, die nicht notwendig war. Bei der Selbstabdemonstration aber hat er sich ruhig benommen, ebenso die Polizei überhaupt, das hat uns Oberlandesgerichtsrat Dr. Lorenz eidlisch bezeugt. (Dieser Zeuge hatte aber nur vom Hause Kaiser-Wilhelmstraße 187 die Vorgänge beobachtet, hatte also nur die Nachplänkchen gesehen, von dem Vorgehen des Kommissars Simniol und seiner Leute aber überhaupt nichts! Red.) Allerdings hat das Gericht als festgestellt angesehen, daß Simniol am Kaiser-Wilhelm-Markt den Arbeiter Steinert in den Graben gestoßen hat. (Was S. wohl 10mal unter seinem Eide abgestritten hatte! Red.) Aber als „hässlich rohe Tat“ hätte der Angeklagte das nicht bezeichnen dürfen. **Und für sich ist es ja ganz gewiß etwas Hohes, wenn man einen Beschloßen so hinterlistig, hier aber war es das Pflichtgefühl, das den Kommissar dazu verleitet, er empfand es jedenfalls als nötig, den Mann hinauszustoßen, ob mit Recht oder Unrecht — das lassen wir dahingestellt.**

Der Vorsitzende ging alsdann die einzelnen Artikel durch und erklärte, das Gericht halte viele Behauptungen darin für nicht erwiesen. Ob Albert wirklich der Verfasser des ersten Artikels sei, habe man ihm nicht nachweisen können, weshalb in diesem Falle Freisprechung erfolgen müsse. Vor allem sei nicht erwiesen, daß die Polizei für die Junker demonstriert habe. (1) Beleidigend sei für den Präsidenten, daß man ihm nachgesagt, er gehöre nicht zu den Weisen, die durch Irrtum zur Wahrheit reifen, ferner, daß man Herrn S. als eine gewollte Provokation des Präsidenten betrachtet habe. Auch die Nennung des Vornamens Gottlieb Simniol sei schwer beleidigend, (2) ebenso die Bemerkung: „Der bekannte Herr S.“, „Bekannt“ heißt hier soviel als „berühmt“ (3). Auch daß der Präsident den Kommissar ostentativ schickte, sei beleidigend. (Und das Verbot der Zeugenansage an die Schutzleute Piemer und Engel? Was ist das? Red.) Gedanken seien wohl tollkühn, aber aussprechen dürfte man sie nicht. Beleidigend sei auch, daß gesagt werde, die Blumen seien gezogen und auf die Schultern der Menne niedergelassen. Aber hierfür sei Inspektor Wolschmann verantwortlich und der habe keinen Strafantrag gestellt. In einzelnen waren zwar die Beleidigungen Darjs schlimmer als die Alberts. Und der Gerichtshof hat lange geschwankt, ob er gegen Albert nicht noch einmal eine Geldstrafe verhängen solle. Aber wegen seiner Vorstrafen mußte auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden. Das Urteil lautet demnach: **Dorf wird für jeden der drei Artikel mit 100, zusammen mit 300 M. Geldstrafe, Albert mit zwei Monaten Gefängnis bestraft.**

„Keine beneidenswerte Rolle“. Auch den bürgerlichen Männern ist es aufgefallen, wie wenig Herr Simniol und Herr von Dppen Vorbeeren gerannt haben. In dem Bericht der „Breslauer Zeitung“ heißt es nämlich u. a.:

„Der Kommissar spielte in der Verhandlung keine beneidenswerte Rolle. Drei Schutzleute, die über seine angebliche Roheit und Ungerechtigkeit Auskunft geben wollten, war von ihrer vorgesetzten Behörde die Ablegung des Renommis verboten worden. Die dem Kommissar nachgelagte Mißhandlung des harmlosen Spaziergänger konnte nicht völlig aufgeklärt werden. Simniol selbst gab nur zu, einen Mann, der ihn augenscheinlich ab unrennen wollen gepackt und heftige Geschleuder an haben, wobei der Mann gestolpert und zu Fall gekommen sei. Demgegenüber behauptete der Töpfer Heinrich Steinert, er sei als ganz harmloser Spaziergänger in der Nähe des Kaiser Wilhelm-Markts von dem Kommissar Simniol, der ihm mit geschwungenem Säbel nachgelaufen, ohne jede Veranlassung seinerseits so heftig in den Graben geschleudert worden, daß er sich überlagern habe. Diese Verlesung wurde von Steinerts Frau und von mehreren völlig einwandfreien Zeugen bestätigt. Kommissar Simniol blieb trotzdem bei seiner Darstellung stehen und erklärte, Steinert sei gar nicht der von ihm gefasste Mann gewesen. Der Vorsitzende wollte ihm eine goldene Brücke zum Rückzuge bauen und fragte, ob der von ihm berichtete Fall nicht vielleicht ein anderer gewesen sei und er sich auf den Fall Steinert nur nicht besinnen könne. Aber er blieb bei seiner Aussage stehen und wollte überhaupt nur gegen einen Mann lässlich vorgegangen sein. Erst nach mehrmaligem Widerspruch entschloß er sich zu der Erklärung, daß er sich nur des einen Falls erinnern könne...“

Wie schon in früheren öffentlichen Prozessen, waren auch diesmal die Aussagen der Schutzleute mit denen der Zivilzeugen vielfach nicht in Einklang zu bringen. Der zeltanteste Fall, der das Hinabstoßen eines an den Wahrscheinlichkeit unbeteiligten Mannes in den Straßengraben durch Polizeikommissar Simniol betraf, und den die „Volkswacht“ als einen Akt der Roheit hingestellt hatte, wurde von dem Hauptbeteiligten und der in unmittelbarer Nähe befindlichen Zeugen mit einer allg. Zweifel ausschließenden Deutlichkeit geschildert, so daß die Verlesung des Polizeikommissars Simniol von diesem Vorgehen überhaupt nichts zu wissen, bedenklich erscheinen mußte.

Die Fleischer und die Fleischpreise.

Durch das Ausbrechen des Schlachtfleisches ist gestern das von der Breslauer Viehhand veranschlagte Probeschlachten beendet worden. Es hat, wie berichtet die „Bresl. Ztg.“, zu verblüffend traurigen Ergebnissen geführt. Beim Kalb ergab sich ein Verlust von 18 M. 4 Pf.; bei dem einen Hammel ein Verlust von 4 M. 4 Pf.; bei dem zweiten Hammel ein Verlust von 91 Pf.; bei einem Schwein ein Gewinn von 28 Pf.; bei dem zweiten Schwein ein Verdienst von 10 M.; beim Stier ein Verdienst von 22 M., wobei jedoch bemerkt werden muß, daß viele Fleischer das Fleisch um einige Pfennige billiger abgeben als nach der hier zugrunde liegenden Berechnung, und daß sich hiernach der Verdienst noch niedriger stellen würde; bei der Kuh ein Verdienst von 20 M. 18 Pf., oder 11 M. 26 Pf., weil auch die Laderpreise in Breslau um 6 Pf. differieren.

Die Schlachtung des Viehes hat bekanntlich in voriger Woche stattgefunden, und das Fleisch kam sogleich unter amtlicher Aufsicht in die Fleischläden. Es bis gestern vormittag 10 Uhr

erlaubt blieb. Als es die Viehmarktlagerung freigegeben hatte, begann sofort das Ausbuchen und das Verwägen der Einzelteile. Als Zubehörende waren die Fleischweisser Kambach, Seiger, Sachs, Kaps, Nische, Verbold, Kranje, Thaler und Jäfel zur Stelle. Die Waage wurde vom Stadtverordneten Scharte bedient, dem der Stadtverordnete Prinske Assistent leitete. Als Vertreter der Steuerbehörde war diesmal Steuersekretär Julius Poppe erschienen. Auch die Tagespresse war vertreten, und Schlachthofinspektor Krümmner führte die amtliche Aufsicht, während Direktor Runtz die Viehhandl verteilte.

Das Kalb hatte 118 Mark gekostet, und beim Ausbuchen ergaben sich: 68 Pfd. Nierenbraten, Keulen und Wuz, à 90 Pfd., Bruststücke 10¹/₂ Pfd., à 90 Pfd., Koteletts 5¹/₂ Pfd., à 1 M., Hals und dünne Haut 21 Pfd., à 80 Pfd., Kalbsmilch 1¹/₂ Pfd., à 1 M., Gellige mit Leder 5 M., Fett 8,50 M.

Ein Schwein kostete 104,90 M. Erlös: Schinken 55¹/₂ Pfd., à 80 Pfd., Nierenbraten, Schubbreien, Schulter und Lungenfleisch 80¹/₂ Pfd., à 80 Pfd., Koteletts 20¹/₂ Pfd., à 1 M., Filet 1¹/₂ Pfd., à 1,10 M., Bauch mit Zulage 55¹/₂ Pfd., à 70 Pfd., Kopf mit Wade 22¹/₂ Pfd., à 50 Pfd., die Nieren 50 Pfd., Gellige 1,50 M.

Das zweite Schwein war kleiner. Es lieferte nur 89¹/₂ Pfd. Schinken, 54¹/₂ Pfd. Rückenbraten, Schubbreien, Schulter- und Lungenfleisch, 13 Pfd. Koteletts, 2¹/₂ Pfd. Filet, 31¹/₂ Pfd. Bauch mit Zulage, 15 Pfd. Kopf mit Wade. Die Nieren kosteten hier nur 40 Pfd., da sie sehr klein geraten waren, und die Leber war vom Tierarzt verworfen worden, so daß das Gellige nur 50 Pfd. brachte.

Der Stier (Schluchse) war mit 460 Mt. bezahlt worden. Er brachte: Kamm, dicke Rippe und Brust 116¹/₂ Pfd., à 80-85 Pfd., Dünningen 111¹/₂ Pfd., à 75-80 Pfd., ausgeschältes Filet 9¹/₂ Pfd., à 1,60 M., Oberhälle und Schwanzstück 150¹/₂ Pfd., à 1 M., Schabefleisch 16 Pfd., à 1 Mt., Rostbeef 26¹/₂ Pfd., à 1 Mt., Bug 47¹/₂ Pfd., à 85 Pfd., „Husse“ mit Beilage 48¹/₂ Pfd., à 85 Pfd., Schwanz 1¹/₂ Pfd., à 70 Pfd., Talg 22¹/₂ Pfd., à 40 Pfd., Darmtalg 4,60 Mt., Leder 81 Mt.

Von der Kuh erzählten die Fleischer, daß sie sich „schlecht geschlachtet“ habe. Sie sei von ihrem Hächler mit „Sympathie und Mondschein“ gefüttert worden, und daher unter dem Messer verschwunden. Man habe sie, dem Aussehen nach, für ein orades und wabliges Tier halten müssen; sie sei aber nur aufgeschwemmt gewesen. Sie hatte 440 Mt. gekostet, und ihre

Gewichts- und Erlösziffern lauteten nach dem Ausschneiden: Kamm, dicke Rippe und Brust 100¹/₂ Pfd., à 75-80 Pfd., Dünningen 98 Pfd., à 70-75 Pfd., Filet, ausgeschält, 9 Pfd., à 1,60 Mt., Rostbeef 24¹/₂ Pfd., à 1 Mt., Oberhälle und Schwanzstück 144¹/₂ Pfd., à 85 Pfd., Schabefleisch 17¹/₂ Pfd., à 1 Mt., Bug 47¹/₂ Pfd., à 80 Pfd., „Husse“ mit Beilage 47¹/₂ Pfd., à 85 Pfd., Schwanz 1¹/₂ Pfd., à 70 Pfd., Talg 15 Pfd., à 40 Pfd., Darmtalg 4,45 Mt., Leder 80 Mt.

Ein Hammel kostete 44 Mt., ein zweiter 45 Mt., sie gaben aufammen folgenden Erlös: Rücken und Brust 45¹/₂ Pfd., à 1 Mt., dicke Rippe mit Hals und Bug 27 Pfd., à 90 Pfd., Dünningen 10 Pfd., à 80 Pfd., Talgieren 80 Pfd., Gellige 2,40 Mt., Felle 4,50 Mt.

Die Eingekaufte des Stieres und der Kuh waren von den Schlachthofverwaltung verkauft worden, und sie wurden ebenso in Rechnung gestellt, wie die Därme, die Zungen und die Schwänze. In Abzug kamen die Schlachthofgebühren, und so ergaben sich nach sorgfältiger Berechnung, die oben genannten Verkaufs- und Gewinnziffern. Als diese Zahlen veröffentlicht worden waren, wies Obermeister Kambach auf die Tatsache hin, daß die Einkaufspreise seit der vorigen Woche wesentlich gestiegen seien.

Nach beendetem Umbau

findet die Wiedereröffnung der früheren jetzt neurenovierten Räumlichkeiten

Sonnabend, den 24. September er. nachmittag 5 Uhr statt.

Meisterstücke der Kunst im Handwerk

für Damen, Herren und Kinder.

Hervorragend durch Eleganz
erprobt solide und anerkannt billig

Größte Leistungsfähigkeit durch direkten Verkauf eigener Fabrikate.

Conrad Tack & Cie.

Schuhwaren-Fabrik
Burg b. Mdg.

Verkaufshaus: Breslau nur Ronschestr. 48
nahe am Königsplatz.

4690

Stadt-Theater.
Dienstag 7¹/₂ Uhr:
„Mama Szwara“.
Dienstag 9¹/₂ Uhr:
„Carmen“.
Dienstag 11¹/₂ Uhr:
„Faubusier“.

Lobe-Theater.
Dienstag 7¹/₂ Uhr:
„Die geschiedene Frau“.
Dienstag 9¹/₂ Uhr:
„Der Graf von Yuzenburg“.
Dienstag 11¹/₂ Uhr:
„Die geschiedene Frau“.

Theater.
Dienstag 7¹/₂ Uhr:
„Zappho“.
Dienstag 9¹/₂ Uhr:
„Die vier Frauen“.

Schauspielhaus.
Dienstag 8¹/₂ Uhr:
„Salmisa“.
Dienstag 10¹/₂ Uhr:
„Die frische Zusage“.

Liebig's Etablissement.
Sylvester Schiffer jr.
Walter Steiner.
Lilly Walter-Schreiber
etc. etc.

Viktoria-Theater.
Stürme von Weltweit
erzählt die Geschichte:
„Zu früh gejubelt“
mit Gretel Gallus und
Robert Neumann.
Außerdem das vorläufige Programm.
Anfang 7¹/₂ Uhr.
Donnerstag gütlich.

Belebung von Gold, Silber etc.
Friedrichshausen für 46, II.
(Eingang Neue Gasse.)

14 Anzüge, 10 Überzieher, 6 Gold-
14 Zementstein, gold, Herren-
u. Damenuhren gibt billig ab.
Ohlauerstraße 46, II.
(Eingang Neue Gasse.)

Zeltgarten.
Dir. H. Krsinski.
Heute Freitag:
Fortsetzung der Inter-
nationalen
Ringkampf-
Konkurrenz
um die Prämie von
3000 Mk.
in der
Es ringen:
Schwarz - Roppel.
Brylla - Löwe.
Carl Saff - Dittrich.
van Born - Jirsa.
Dazu das
glänzende Programm

Palmengarten.
Dir. H. Krsinski.
Die wunderbare
neue Prachtdecoration
Original-
Palmengarten.
muss man gesehen haben.
2 Kapellen.
Entree frei.

Kanarienhähne
und Weibchen, Regale, Einlaßbatter,
eine große Anzahl Versand-Korallen,
200 Stück Traubenvorhänger, Gesund-
heits-Nutrimittel für kranke Kanarien
und vieles andere, wegen Todesfall
meiner Frau und Aufgabe der Zucht billig
zu verkaufen. 4678

Joh. Volkmer,
Volsenerstraße 85.

Bettstelle mit Matratze,
Sofa und Tisch, gut erhalten, wegen
Todesfall billig zu verkaufen. 4679
Joh. Volkmer, Volsenerstraße 85.

Hygienische
Artikel u. Gummiwaren
Frau Neugebauer, Granpenstr. 1.

Etablissement „Deutscher Kaiser“
Berliner Chaussee 117/119.
Sonnabend, den 24. September 1910:
5. Stiftungsfest
des Turn-Verein „Eiche“, Breslau,
bestehend in großem Fest-Ball
verbunden mit turnerischen Aufführungen
u. a.: Flaggenreigen der Jugendturner,
Trampolin-Pferd, Tanzreigen, Leiter-Pyramiden.
Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Entree im Vorverkauf: Herr mit Dame 75 Pf., einzelne Dame 40 Pf.
an der Kasse: Herr mit Dame 1 Mark, einzelne Dame 50 Pf.
inkl. Vergnügungssteuer. 4687
Um gütigen Zuspruch bittet Das Festkomitee.

Telegramm.
Infolge der eingetretenen kalten Witterung
mußten die
Ringkämpfe
im Zirkus aus Gesundheitsrücksichten abgebrochen
werden und findet die Fortsetzung von Freitag, den
23. September ab im
Zeitgarten
statt.

Volksvorstellung 1910/11.
Alle die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.
Thalia-Theater.
Sonntag, den 25. September 1910
nachmittags 3¹/₂ Uhr:
„Der Biberpelz“
von Hauptmann.
Im Kontor der „Volkswacht“, Hofpartierstraße rechts
noch zu haben:
III. Rang 0,20.

Am 10. Oktober bin ich in Breslau, Hotel
„Weisser Adler“, **künstl. Augen**
nach der Natur für Patienten auszufertigen. 4692
Anton Greiner Vetter, Augenärzter a. Lauscha S.-M.
Spezialität: Reformaugen.

Ostdeutsche Flug-Industrie G. m. b. H.
Pilotenschule
für **Aviatiker**
Interessenten erfahren alles Wünschenswerte durch
Breslau, Schwelbn.-Stadtgraben 29, hp. Die Direktion
von Schrabisch. 4594

Herren,
welche ihren Beruf wechseln wollen, wird Gelegenheit
gegeben, bei Fleiß und Energie sich eine unabhängige gute
Existenz zu gründen. Branchenkenntnis nicht erforderlich.
Gest. Offerten unter **U. L. 210** an
Richard Landsberger, Annoncen-Expedition, Breslau I. 4689

Ein noch gut
erhaltener **Geldschrank** Buchhandlg. Volkswacht.
wird zu kaufen gesucht. 4697
Offert. unt. N. G. 44 Exped. d. Zeitung. Christmann und So-
phalman von H. Vögel 0.10

Anzüge
reelle Stoffe, hochbillig
Schmiedestraße 28, I.

Gut jagende Fittis-Frettchen,
Bild 6 Mark, sind zu verkaufen bei
P. Kirchner in Volksw. Nr. 35
bei Freiburg. 4684

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel,
Geburtstags-Seidel,
Nochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in großer Auswahl, empfiehlt 4694
Otto Miksch,
Rupersamtschloßstraße 47.

Eduard Bornstein:
Die
verschiedenen Formen
des Wirtschaftslebens.
Preis 29 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Wir
empfehlen:
Der
dumme Teufel
Die Katastrophe
der
Zentrumspolitik.
Preis 30 Pfg.
Buchhandlung
„Volkswacht“.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Magdeburg, den 21. September. (Schluß der Mittwochssitzung.)

Vubgetdebatte.

Das Schlußwort erhält

Webel: Ich muß mich zunächst gegen eine persönliche Bemerkung des Genossen Perz wenden. Er hat in seinem Blatte schon früher oft Dinge geschrieben, bei denen ich von Partei...

Das Frank keine besseren Gründe hatte.

Die Gründe, die er vorgebracht hatte, haben wir schon in Nürnberg verworfen. Die Erzeugnisse in Baden haben den Genossen Kien ja zu dem begreiflichen Anstus veranlaßt: Wenn wir das nur in Sachsen hätten! Gewiß geht es im Süden...

Die Frage Revisionismus oder Radikalismus gar keine Rolle spielt.

(Allgemeine Zustimmung.) Frank hat gemeint, ich sei mit meinem Kandidatenprinzip Ludwig Herings gefallen. Das hat mich sehr gefreut, aber ich habe vorher gesagt: Wer ich weiß nicht, ob das Glaubensbekenntnis von Müllers oder von der Partei...

müssen noch ein stärkeres Rückgrat haben

als andere Männer. Wenn Sie anders gehandelt hätten, wäre kein Schaden entstanden. Von 1901 bis 1908 sind wir mit der Budgetverweigerung ganz gut ausgekommen. Kolb hat allerdings gemeint, daß auch die Frage der Beteiligung an der Regierung aktuell werden könnte. (Zuruf: In parlamentarischen Staaten!) Natürlich ist dergleichen auch im Musterlande Baden unmöglich.

rend voranzugehen. Das haben wir getan und werden es weiter tun, wenn wir vernünftig bleiben. Im übrigen haben wir das größte Interesse daran, daß das ewige Parlamentarismus in Deutschland nicht durch den Sozialdemokraten...

Es würde Ihnen gehen wie den ärztlichen Jungfrauen.

Das sie im gegebenen Moment für den Bestand sehr viel auf der Hand haben. An eine Spaltung der Partei denkt kein Mensch. Als junger Mann habe ich 9 Jahre lang für die Einheit der Partei gekämpft und sein Werk wird mir zutrauen, daß ich in meinen alten Tagen etwas tun würde, wodurch die Partei gespalten werden könnte.

In Gemeinden und Landräten liegt das anders.

Die haben keine selbständige Stellung. Wenn Düssel gefragt hat, die Hessen würden doch einmal für das Budget stimmen, so mag er ruhig drohen, uns kommt es nur auf die Handlungen an, und dann werden wir wissen, was wir zu tun haben. Genosse David kündigt große Missionen an die Liberalen, aber wir haben wir denn wirklich liberale Leute? Wenn wir bei den nächsten Wahlen einen solchen Sieg errichten wie 1903, laufen sie wieder mit schlotternden Knien und bleichen Gesichtern umher, und sind zu allem fähig.

vom Zitatenfall der Gegner

gesprochen worden. Im nächsten Jahre sind es 30 Jahre, daß ich im Kampfe stehe. Da sagt man vieles, besonders wenn man das Sozialistengesetz am Hals gehabt hat, auch manches, was besser nicht gesagt würde. Nun haben sie Südemur und sogar Kolb auf Mars berufen. Der arme Mars muß heute viel aushalten. Ich schreie nicht auf Mars, Engels oder Kassaré und habe in meinen Briefen an die beiden stets meinen Standpunkt entschieden gewahrt.

(Hört, hört!) Aber gegen den Antrag 93 sprechen formell, Webel. Unser Organisationsstatut lautet: „Ich außerhalb der Partei stellen“. Es gibt nur ein geordnetes Ausschlußverfahren und ein anderes werden selbst die bürgerlichen Gerichte nicht anerkennen. In der Partei werden fortgesetzt strafbaren die Folge. Wir können keinen Staatsstreik machen, wir müssen den Genossen die Möglichkeit lassen, sich zu verteidigen und müssen unser eigenes Organisationsstatut hochhalten. Darum bitte ich nochmals, den Antrag zurückzugeben. Und nun wollen wir, wenn die Debatte zu Ende ist in alter Freundschaft nach Hause gehen. (Allgemeine stürmische Beifall.)

Das Schlußwort erhält

der Korreferent Frank:

Das wir keine neuen Gründe vorgebracht hätten, ist falsch. Wir haben früher von einigen Budgetstellen willen, diesmal auf rein politischen Gründen für das Budget gestimmt. Im übrigen hat Webel gezeigt, in wie vielen und wie großen Dingen wir im Grunde genommen vollkommen einig sind. Wir alle wollen die kleinen KonzeSSIONen erreichen. Die Steinchen, die, aufgetrennt, der Bau der Zukunft werden. Webel selbst hat erklärt, daß er nach 10 langer, fruchtbarer Arbeit im Parlament die kleinen KonzeSSIONen nicht unterschätzt. Sie bedeuten den Aufstieg des Proletariats auf der ganzen Linie, auf der es kämpft, und man muß nur in einer gewissen räumlichen Distanz stehen, um zu erkennen, daß aus diesen kleinen KonzeSSIONen der große Sieg der Arbeiterklasse besteht. Wir alle verhalten uns vor dem Vorwurf einer Negation. Eine junge Partei, die nicht, muß negieren, so wie ein Kind schreit, bevor die Lungen wachsen. Aber es kommt ein Zeitpunkt der Partei, wo sie stark genug ist, zu ändern, statt zu kritisieren. Dann dieser Zeitpunkt gekommen ist, darüber können wir uns brüderlich unterhalten. Webel hat auch die monarchische Frage gestellt. Er hat nicht alle Hoffnung auf seinen Kaiserkandidaten Prinz Ludwig angeschlossen. Ich bitte ihn nur, den Prinzen Max von Baden auch in die engere Wahl zu ziehen (Weiterkeit), der sich auch für ein demokratisches Wahlrecht eingesetzt hat, gegen das Zentrum und die Schatzmacher-Liberalen. Aber die Frage ist nicht so unbedingt aktuell, daß wir uns darum streiten müßten. Webel hat dann die Zustimmung zu den Gemeindebudgets geäußert. Aber mit einer solchen Begründung. Wären die Gemeinden nur Anhängel der Ministerkabinets, müßten wir dort doppelt und dreifach Nein sagen. Wir sagen Ja wegen der großen kulturellen Bedeutung. Auch die Einzelstücken können ja aus dem Rahmen des Budgets nicht heraus. Sie rufen deshalb kein Vorwurf. Die Zustimmung zum Gemeindebudget ist übrigens keine Selbstverständlichkeit. Die „Leipziger Volkszeitung“ fordert das Gegenteil, und in einem Ort in der Nähe von Berlin, wo man ja nicht mehr zu studieren braucht (Weiterkeit), wurden die Gemeindevertreter wegen Uebertretung der Nürnberger Resolution angeklagt, weil sie dem Polizeidiener für 6 Mark eine neue Soße bewilligt hätten. (Große Heiterkeit.) In Dänemark, in England, in Belgien stimmen die Genossen, wenn es notwendig wird, auch für das Budget. In Oesterreich stimmen sie wenigstens für die Dringlichkeit und geben nachher eine schöne marxistische Begründung. Darin müssen wir doch von den Oesterreichern lernen. (Webel ruft:

Frank steht eben der Adler.

(Weiterkeit.) In der Sache will ich bewilligen selbst die Radikalen das Budget vor Kontone. Was die künftigen Reichstagswahlen anbelangt, so wird es natürlich sehr schwer sein, eine Mehrheit gegen die Fülle zu schaffen. Aber auch sonst kann die neue Mehrheit von Wert sein. Webel hat ja selbst an die Rettung des russischen Handelsvertrages erinnert. Im übrigen sollten Sie nie vergessen, daß die badischen Genossen sich mit erdrückender Mehrheit auf unsere Seite gestellt haben. Sie können ja am besten beurteilen, ob unsere Politik aufwärts oder abwärts in den Sumpf führt. Unterschätzen Sie die Urteilskraft der badischen Arbeiter nicht. Die Presse hat Sie in Berlin so gut wie wir in Baden. Aber es liegt nicht an den Personen und an den Zeitungen, sondern an den Verhältnissen, wenn wir in dieser Frage anderer Meinung sind als Sie. Genosse Quard hat unsere Agitation bemängelt. Ich würde mich schämen, den preussischen Genossen, die in harter Arbeit ihre Pflicht tun, mit solcher Kritik zu kommen. Genosse Quard hat der Befähigungsnachweis für die Wichtigkeit seiner Taktik noch nicht erbracht. Auf aller Lippen schwebt nur die Frage, was denn geschehen soll, wie wir endlich zu einer Lösung kommen sollen. Von unserer Seite ist weder verübelt noch offen ein Wort der Drohung ausgesprochen worden. (Zurufe: Düssel!) Um aus Düssel'schen Worten eine Drohung zu entnehmen, müssen Sie sehr sensibel sein. Mit der Spaltung hat nur der Pfeilartiller der „Neuen Zeit“ gedroht. Wir halten es für die selbstverständliche Pflicht der verantwortlichen Parteifaktoren, alles zu vermeiden, was unsere große, herrliche Bewegung derart schädigen könnte. Wir haben den Weg zum Frieden gezeigt. Ignorantia non est argumentum, sage ich mit Spinoza. Unwissenheit ist kein Beweismittel. Das Nächstliegende wird oft übersehen. Wir haben es erleben müssen, daß sich 208 Genossen über die eigene Verfassung der Partei nicht klar waren. Sie, die uns belehren wollten, sind mit einem Antrage gekommen, der dem Statut der Partei widersprach. Unter dem Antrage standen fast alle Parteimitglieder. Was würden Sie von einem bürgerlichen Richterkollegium sagen, das ein Urteil fällig und unterschrieben mitbringt und es mit dem bonus eventualis begründet. Nach auch hin wird die Situation außerordentlich klar beleuchtet durch die Tatsache, daß die Mehrheit noch vor den Reden des Referenten und der Angeklagten das härteste Urteil über uns ferkig hatte. Jetzt, beim Rückzug des Genossen Quard (Stürmische Unterbrechungen), es war ein Rückzug des Antrages. (Zurufe.) Genosse Dittmann will den Antrag wieder einbringen. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Zuruf: Sie protzieren!) Soll denn Ihre ganze Tätigkeit auf dem Parteitag darin bestehen, wenn wir einig sind, alle Anträge wieder einzubringen? In zwei Jahren ist die Situation bei der Budgetabstimmung abnehmend eine ganz neue. Durch den Antrag Zubeil würden Sie das Statut zu einer Farce herabwürdigen. Durch die Jurisdiktion des Antrages führen Sie die Vertrauensmänner der Partei auf den Boden des gemeinen Rechts zurück. Und eriparen der Partei ein Unfug. (Große Ironie.) Wir haben keinen Unfug gemacht. Gnade, wir wollen unser Recht, wie die alte Frau, die beim Holzstellen abgefaßt und bedroht wurde, daß sie das nächste Mal 5 Gulden zahlen müßte, sagte: Ich steh mein Holz und zahl meine Strafe. (Schallende Heiterkeit.) Zurufe: Was soll das heißen? Das soll heißen, daß Sie nachher nicht sagen können, wir hätten eigentlich ausgegeschlossen werden müssen, seien aber begnadigt worden. Sie sollen uns Recht geben (Große Heiterkeit), ich meine Recht sprechen. Eine Erklärung abzugeben, war von dem Augenblicke an unüberbär, in dem der Antrag der 208 vorlag. Ich kann heute im Namen der süddeutschen Delegierten nur erklären, daß wir selbstverständlich das allergrößte Interesse daran haben,

daß die Partei einig und geschlossen bleibt,

und wir wollen nach jeder Richtung hin das unsrige tun, daß es geschieht. (Stürmischer Beifall.) Aber leider hat uns kein Tag, noch in zwei Jahren bei der Budgetabstimmung geschehen wird; das ist eine Frage der Organisation (Große Ironie.) Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abge-

geben habe. Postentlich werden die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, ummehren mit uns übergeben zur Arbeit gegen den Feind. (Stürmischer Beifall.)

Zur Geschäftsordnung verhandelt Haase Vertagung der Versammlung, damit die Antragsteller des Antrages Zeit durch eine Erklärung Frank's wichtige Angaben und unberechtigte Angriffe zurückweisen könnten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Chrammel (persönlich): Genosse Frank hat Dellefeldt in einer heissen Angelegenheit in einer Vertretung angenommen, die ich richtigstellen muß. Er sagte, in Dellefeldt sinne man für die Wichtigkeit des Budgets und lese dann die Abstimmungslisten ab. Wir haben nur für die sofortige Abstimmung gestimmt, wie für das Budget selbst. Sie können auch ganz beruhigt sein, wir werden in Dellefeldt niemals für ein Budget stimmen, ohne der Zustimmung der Parteigenossen sicher zu sein und nicht nach den Beschlüssen der Gesamtpartei richten. (Beifall.)

Wenz (persönlich): Weibel hat alle Geschichten von 1903 und vorher erzählt, aber nur in Vorlesungen gesprochen, so daß ich mich wehrlos fühle. Da aber der Vorstand damals nicht eingeschritten ist, werden wohl meine Sünden nicht so groß gewesen sein. Ich habe in meinem Wahlkreis nie anders gesprochen, als ich in meinem Wahlkreis geschrieben habe. Dann hat sich Weibel über meine Kandidatur ausgeprochen. Wenn jemand anders über einen offiziell aufgestellten Kandidaten sich zu äußern würde, so würde das in meinen Partei-Verhältnissen als Disciplinbruch angesehen werden. Wenn sich Weibel bei seiner Stellung solche Angriffe leisten zu können glaubt, so wird die Disciplinwidrigkeit dadurch nicht geringer. Aber ich glaube nicht, daß in meinem Kreis, wo ich seit 20 Jahren das Vertrauen der Genossen besitze, solche Angriffe auf mich wirken werden. (Beifall bei einem Teil der Delegierten.)

Braun-Königsberg (persönlich): Weibel hat von einem Teile der Antragsteller des Antrages auf Kommissions-Einführung gesagt, es seien die „Schläger“, die die anderen auf den Kopf losen wollten. An sich ist ja Schläger keine Beleidigung, in dem Zusammenhang aber doch und ich würde nicht, ob Weibel mich etwa persönlich gemeint hat. Ich habe jedenfalls die Anregung auf Einführung der Kommission nur aus ganz sachlichen Erwägungen gestellt. Der Antrag war auch so gemeint, daß er keinen Gegenstand zur Verhandlung bereiten sollte, daß er auch die Entscheidung des vorliegenden Falles heute nicht hindern sollte.

Sag (persönlich): Genosse Frank hat hier gesagt, daß wir Uninteressier der veränderten Resolution mit der Resolution schon vor Beginn der Verhandlungen fertig waren. Auch die Vorstandsausschüsse sind fertig. Dem Genossen Frank war es aber nur darum zu tun, nach außen eine Wirkung zu erzielen. (Beifall bei der Mehrheit.) Wie sehr wir zu einer Verständigung geneigt waren, beweist die Zurückziehung unserer Anträge. Unser Antrag war auch kein Verlust gegen das Organisationsstatut, sondern nur der Ausdruck einer moralischen Beurteilung, nicht einer juristischen Verurteilung. Im übrigen hat Weibel ausdrücklich die sachliche Übereinstimmung der Vorstandsausschüsse mit unserem Antrag festgestellt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Weibel (persönlich): Was ich über Weibel gesagt habe, sind keine alten Geschichten, sondern Vorgänge aus den Jahren 1903 bis 1907. Seine Kandidatur habe ich nicht getadelt, auch den Parteigenossen in Brandenburg nicht das Recht abgesprochen, ihn als die charakteristischsten anzusehen. Nur über seine Persönlichkeit habe ich ein persönliches Urteil gefällt. Das ist mein Recht, das ich mir nicht nehmen lasse. — Dem Genossen Braun erwidere ich, daß ich bei meiner Bemerkung an ihn gar nicht gedacht habe. (Beifall.)

Frank (persönlich): Es ist Tatsache, daß die Resolution Jüdel vor dem Beginn der Verhandlungen fertig war. Das kann Genosse Haase nicht bestreiten. Auch der Antrag auf Einführung einer Kommission war vorher fertig, aber es ist doch etwas anderes, ob man beantragt, eine Frage zu studieren, oder einen Antrag vorher stellt, der eine moralische Einschätzung von ganz bestimmten Persönlichkeiten bedeutet, die bis dahin gleichberechtigte Parteigenossen waren. Ich hoffe, daß, nachdem der Antrag zurückgezogen ist, eine Periode des Friedens beginnen wird. (Jurist der Mehrheit: Das hängt von Euch ab.)

Haase: Ich habe nur noch festzustellen, daß wir nach Anbringung der beiden Resolventen von Weibel und Frank zu einer Vertagung darüber zusammengekommen sind, ob wir an unserem Antrag etwas zu ändern haben oder nicht. Wir haben uns überhaupt bis zum Schluß freie Hand vorbehalten. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Bot. Dies eröffnet die Sitzung gegen 8 Uhr wieder. Von Jüdel u. Gen. ist folgender Antrag eingegangen: Nach dem Frank in seinem Schlusssatz sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitag's vorbehalten hat, beantragen wir die von Weibel im Namen des Parteivorstandes abgegebene Erklärung zum Antrag zu erheben. Sie lautet: „Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird, abermals eine Nachprüfung des Parteitag'sbeschlusses stattfindet, alsdann die Voraussetzungen des Ausschussesverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind.“

Bot. Dies: Wir haben bereits die Diskussion geschlossen. Demnach können nicht neue Anträge gestellt werden. Wir müßten dann die Diskussion wieder eröffnen. Diesem Vortrage wird angeschlossen. Es folgt zunächst die Abstimmung über die Vorstandsausschüsse. (Beifall.)

Bot. Dies: Der Antrag auf Einführung einer Studientkommission wird mit einer Mehrheit abgelehnt. (Beifall.)

Bot. Dies schlägt die Vertagung vor.

Haase (zur Geschäftsordnung): Wir nehmen jede Rücksicht auf unsere Vorstehen und die anwesenden älteren Genossen. Im Interesse der Förderung der Geschäfte liegt es aber, daß diejenigen Anträge, die im engen Zusammenhang mit der Budgetfrage stehen, sofort erledigt werden. Wir wollen nicht morgen eine neue große Debatte über diesen Gegenstand. Heute werden wir in kurzer Zeit fertig. (Sehr. Beifall.)

Frank (zur Geschäftsordnung): Meine Freunde sind ganz bereit, ihren jedes Entgegenkommen zu zeigen, und keinerlei formale Schwierigkeiten zu machen. Wir sind der Auffassung, daß die Vertagung des Antrages in Widerspruch steht mit der Geschäftsordnung und den bisherigen Gepflogenheiten. Wir sind weiter der Meinung, daß materielle dieser neue Antrag ebenso unmöglich ist, wie der Antrag Jüdel, weil er im Widerspruch steht mit dem Parteitag's. Sie können sich und der Partei die Wiederentnahme der Verhandlungen ersparen, wenn Sie von solchem Reize nehmen: Wir haben uns nie die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitag's vorbehalten, wir haben vielmehr gesagt, wir wollen unter Beachtung der Dienste der Einigkeit sein. Was in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre geschieht, kann niemand vorhersehen. Das ist eine Frage der Verhältnisse. (Mit erhobener Stimme): Wir sind der Ansicht, daß diese unsere Erklärung nicht im Widerspruch steht mit der Räteberger Parteitag'sresolution. (Beifall bei der Mehrheit.)

Frank (zur Geschäftsordnung): Unter diesen Umständen ist es uns an den weiteren Verhandlungen nicht

heteilzunehmen. (Beifall und große Unruhe. Die in Deutschland Delegierten verlassen zum größten Teile den Saal.)

Haase - Königsberg: Die letzte Aeußerung des Genossen Frank läßt in überaus unvollständiger Weise die Situation. (Stimm. Beifall.) Genosse Frank hat uns selbst bestätigt, daß unser Antrag identisch ist mit dem von uns zurückgezogenen Antrag Jüdel. Damit hat er selbst bestätigt, daß wir niemals den Rückzug angetreten haben. (Sehr wahr!) Was wir getan haben, war ein Akt des Entgegenkommens, weil wir nicht an einer bestimmten Form kleben. Die Form war durchaus formell, aber da sie an einigen Stellen mißbraucht wurde, haben wir im Interesse der Sache auf sie verzichtet. Wir haben im Laufe der Debatte immer wieder die Rede angeführt, einmal klar zu sagen, wie sie sich in Zukunft zu den Beschlüssen des Parteitag's stellen wollten. Die Antwort war der Passus: Niemand kann es sagen, eingeschleitet in Feindeshandlungen. Das wurde von der großen Mehrheit des Parteitag's als ein Fehlschlag ins Gesicht empfunden. (Stürmischer Beifall.) Die badischen Genossen machen ihr Verhalten also nicht von dem Willen der Gesamtpartei abhängig. Das müßte hier erregt und wird brauchen im Lande creiren. Wir müssen Klarheit schaffen, damit die Erklärung des Parteivorstandes nicht lediglich in die Ähren gerät, sondern ein verbindlicher Beschluß vorliegt. Wir müssen es unabweisbar feststellen, daß wir nicht gewillt sind, einen neuen Disciplinbruch anzufassen, solange er von welcher Seite auch immer. (Stürmischer Beifall.)

Bogherr (zur Geschäftsordnung): Wir wollen feststellen, welche Genossen den Verhandlungen fernbleiben und beantragen daher namentliche Abstimmung.

Richard Fischer: Ich bedauere, daß ein solcher Antrag den Parteitag befruchtigen kann. (Unruhe.) Wenn Sie glauben, daß es ein ernstliches Schauspiel ist, daß diejenigen, über die Sie zu richten entschlossen sind, den Saal verlassen haben, (Lebb. Jurist und Unterbrechungen.) Das Recht, meine Meinung zu sagen, lasse ich mir nicht abtrotzen. Dieses Schauspiel war nicht notwendig, wenn es nicht nur um die Form, sondern um die Sache zu tun war. Dann wären Sie befruchtigt und müßten befruchtigt sein mit der Erklärung des Genossen Frank. (Stimm. Beifall.) Wenn Worte noch einen Sinn haben sollen, war über diese Worte kein Zweifel möglich. Wenn wir einander nicht mehr glauben, dann können wir nicht mehr verhandeln, dann entscheidet einfach die Majorität. (Stimm. Unruhe.) Ich glaube nicht, daß die Majorität den Willen zum Mißbrauch ihrer Macht hat, aber sie kann brauchen den Anschein zu erwecken, namentlich bei Wahlen. Sie wollen Gemächlichkeit, daß die Badener sich dem Beschluß des Parteitag's fügen. Was hat uns Frank gesagt? (Jurist.) Das Gegenüber! Dann stände ich nicht hier und spräche. Frank hat gesagt, daß Ihre Voraussetzung ein Fehlschlag ist, daß Sie sich Ihre Stellung nicht vorbereiten. Sie gleichen dem Vater, der den Sohn schlägt und unbedenkt verlangt, daß er verzeihe, es nicht wieder zu tun. Frank hat gesagt, er glaube nicht, im Widerspruch zu der Räteberger Resolution zu handeln. Das war keine Erklärung der 66, kein Protest gegen den Parteitag'sbeschl. Das entspricht dem Geist und der Tradition der Parteidisciplin. (Jurist: Warum hat er das nicht gesagt?) Sie verlangen hier, daß er sich offiziell unterwirft. Dann wird man schließlich den Vadenstein, wenn Sie aus den beiden Gründen das Fugate ablehnen, sagen, daß Sie es nicht tun, weil Sie sonst aus der Partei hinausfliegen. Wir wären vollständige Kinder, wenn wir die Genossen in die Situation brächten. Der Antrag ist auch sachlich unmöglich. Er enthält ein präjudizielles Urteil über alle künftigen Fälle. (Jurist und Unterbrechungen.) Genosse Dedem, Sie haben kein Problem, den Redner zu hören, wie Sie es hier seit Tagen tun, weil Sie ein notwendiger Mensch sind und herunterwählen ein Pöbel. Der Parteivorstand kann erklären, daß er ein Ausschussesverfahren einleiten wird, aber wenn der Parteitag das beschließt, bindet er alle künftigen Schiedsrichter. Bedenken Sie das Müd, das wir dem Genossen bieten. Sie wollen den Genossen den Stempel der Unterwerfung aufdrücken und geben ihnen nicht einmal Zeit zur Vertagung. Gerechtigkeitsgefühl, Solidaritätsgefühl, Ehrengelühl und Würde der Partei müssen Sie darin bringen, jetzt von der Beschlußfassung abzusehen. Sie werden sonst den Anschein, daß Sie nicht Genossen gegenüberstehen, mit denen Sie zusammenkämpfen wollen, sondern mit Feinden, die man besiegt.

Titmann (zur Geschäftsordnung): Wir haben den Antrag dahin abgeändert, daß wir Frank's Erklärung in unseren Antrag rücklich aufnehmen.

Bot. Dies: Mir liegt im Augenblick gar kein Antrag vor, eine ruhige Überlegung ist unmöglich.

Titmann: Ich habe die Anträge bereits überreicht. Ich warne dünnend, zu vertagen. Die Parteigenossen sind es satt, sich einleiten zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Bot. Dies: Hier in diesem Saale wird niemand eingeführt. Dazu stehen die Delegierten viel zu hoch. **Lehmann (zur Geschäftsordnung):** Durch den Tod ist eine gewisse Erregung in die Versammlung gekommen. (Widerpruch.) Überprüfen wir die wichtige Sache nicht, sondern verhandeln morgen in Ruhe. **Hoch-Sonanau:** Daß wir diese Verhandlung führen müssen, ist in der Tat ganz klar. Wir sind aber in diese Zwangslage gekommen, weil die Badener nicht erklärt haben, sich den Beschlüssen zu fügen. Die Beschlüsse sollen aber nicht nur für den gewöhnlichen Arbeiter, sondern für jeden Genossen gelten. Das wollen wir festlegen. Wir gehen nicht eher hier weg, als bis die Entscheidung getroffen ist. (Keiner ruft: Kolossal!) Es ist nichts Entwürdigendes, wenn ein Parteigenosse erklärt, sich den Parteitag'sbeschlüssen zu fügen. Dann wäre es ja überhaupt entwürdigend, einer Partei anzuathören. Wenn ein Parteigenosse die Befolgung der Parteitag'sbeschlüsse nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, soll er sein Mandat niederlegen. (Stimm. Beifall.) Die Klugheit empfiehlt demokratisches Vorgehen. Wir wollen nicht noch einmal die Geschichte haben. Von dem parteigenösslichen Empfinden der Badener hätte ich eine andere Erklärung erwartet. (Stimm. Beifall.) Jetzt muß der Parteitag den Genossen im Lande und vor allem den Gegnern zeigen, daß es ihm Ernst ist mit der Disciplin. Seine Meinung kann jeder frei sagen. Aber die Beschlüsse müssen hochgehalten werden. So traurig die Notwendigkeit ist, sie ist vorhanden, unter Antrag muß angenommen werden. Ein neuer Vertragsantrag wird abgelehnt.

Bot. Dies: Auch in dem neuen Antrag sind mehrere Fehler. Nach ihrer Entzerrung lautet er:

„Angesichts der Erklärung des Genossen Frank im Schlusssatz: „Keiner von uns kann heute erklären, was geschehen wird bei den Parteitag'sabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe.“ beantragen wir, den nachstehenden Satz, den der Genosse Weibel im Namen des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben: Wir sind der Meinung, daß, wenn die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Nachprüfung der Resolution vorkommt, die Voraussetzungen für das Ausschussesverfahren gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind.“

Bogherr: Nicht die Majorität des Parteitag's hat absichtlich oder unabsichtlich die Minorität zum Verlassen der Verhandlungen gezwungen, die Elemente unseres Antrages waren den Genossen durchaus bekannt. Schuld ist nur ihre verkäufliche Erklärung. Jetzt wird uns die Geschichte zu bumm. Nachspielzeit ist manchmal selber eine Dummheit, die wir nicht begehen wollen. (Lebb. Beifall.)

Rosenfeld-Beim beantragt Schluß der Debatte, da der Parteitag zwei volle Tage dafelbst diskutiert. Der Antrag wird angenommen. **Rosenfeld** beantragt die Abstimmung auszuführen, damit die badischen Genossen Gelegenheit hätten, eine befriedigende Erklärung abzugeben. **Bill-Charlottenburg** schließt sich dem an.

Der Antrag wird abgelehnt. Haase zieht namens der Antragsteller den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, den Hoch-Sonanau wieder aufnimmt.

Vorlierender Diez beantragt namens des Bureau's Vertagung des Parteitag's. (Beifall.) Es wird zur Abstimmung gebracht. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 64 Stimmen angenommen. (Beifall bei der Mehrheit.) Darauf verlagt sich der Parteitag um 11 1/2 Uhr auf Donnerstag um 9 Uhr.

Im Auftrage der Genossen, die am Mittwoch Abend vor der Abstimmung den Saal verlassen hatten, versenden die Genossen E. Auer-München und G. E. Mannheim folgenden:

Erklärung: „Durch das Verhalten der Mehrheit des Parteitag's hat sich eine Anzahl von Delegierten und Abgeordneten genötigt gesehen, ihre Teilnahme an der Verhandlung in Guben über den Antrag zu beenden und Genossen Nr. 97 abzulehnen, weil die Mehrheit die einschärfsten Forderungen der Anmerkunghaftigkeit und Loyalität verletzt hat. Dieser Antrag Jüdel und Genossen war sachlich und parlamentarisch völlig unzulässig.“

Der erste Antrag Jüdel Nr. 93 war zurückgezogen worden, nachdem Genosse Weibel in einer jeden Widerspruch ausschließlichen Weise dargelegt hatte, daß er mit dem Organisationsstatut unvereinbar ist. Als die Debatte über die Budgetfrage schon geschlossen war und die Abstimmung vorgenommen werden sollte, hat die Mehrheit die Verhandlungen des Parteitag's eine Stunde lang unterbrechen lassen, um unter 12 in getrennter Sitzung dem Antrag die neue Fassung zu geben. Darauf hat sie ihn wieder eingebracht, obgleich er zu diesem Zeitpunkt weder beraten noch zur Abstimmung gestellt werden konnte. Es ist zum mindesten unzulässig, nach ordnungsmäßiger Entscheidung eines Punktes der Tagesordnung ihn von neuem in die Debatte zu ziehen, sei es auch unter der Maske eines neuen Antrages.

„Vermittlungsversuche, die bis zum letzten Moment von Mitgliedern des Parteivorstandes unternommen wurden, und denen die Minorität bereitwillig entgegenkam, hat die Mehrheit abgelehnt.“

Die Mehrheit hat darauf nach Annahme der Vorstandsausschüsse die Vertagung des Antrages Nr. 97 erzwungen, obgleich der Vorlieber sie hat, davon abzusehen, und obgleich an der vorgeschrittenen Phase eine gründliche Verhandlung ausgeschlossen war. Auch der neue Antrag Jüdel nicht ist, als eine in andere Form gekleidete Wiederholung des Antrages Nr. 93, und daß er mit diesem sachlich identisch sein soll, hat Genosse Haase ausdrücklich erklärt.

Der Antrag will feststellen, daß jede künftige Zwiderhandlung gegen die Resolution des Parteitag's über die Wahlbestimmungen den Fall des Ausschlusses aus der Partei bedeutet. Nach § 23 des Organisationsstatuts aber ist selbst bei beharrlicher Zwiderhandlung gegen Parteitag'sbeschlüsse der Ausschluss nicht vorgeschrieben, sondern nur für zulässig erklärt und auch nur für den Fall, daß die Zwiderhandlung eine Schädigung der Interessen der Partei bedeutet. Ob dieser Fall vorliegt, kann nur nach Prüfung der besonderen Umstände und nur durch die Organe festgestellt werden. Demnach das Statut die unabhingige, unbefristete Entscheidung anvertraut, ob sie den Ausschluss für berechtigt und angemessen halten. Nicht aber darf der Parteitag für alle Zeit und für alle Fälle, deren Umstände sich nicht übersehen lassen, den Ausschluss vorbehaltlos darin auf eine große Verluste der grundlegenden Vertagung der Partei.

Obgleich die Minorität aus diesen Gründen gegen die Verhandlung des Antrages protestiert hat, und obgleich der Vorliegende sich außerhalb der Aktion hat, den Antrag, der nicht einmal im ausschließlichen Falle vorliegt, zur Abstimmung zu bringen, hat die Mehrheit ihre Absicht zu erkennen gegeben, den Antrag ohne grundsätzliche Vertagung durchzuführen.

Dies hätte zu Erörterungen und Aufstellungen führen müssen, die die Minorität an die Öffentlichkeit der allgemeinen politischen Lage im Interesse der Partei vermeiden wollte. Deshalb blieb nichts übrig, als der Mehrheit die Verhandlung über den Antrag und die Verantwortung für die Folgen zu überlassen.

Magdeburg, 22. September 1910.
E. Auer-München. G. E. Mannheim.

Arbeiterbewegung.
Erfolgreicher Mühlenarbeiterstreik. Der Streik der Mühlenarbeiter in den Hildesheimischen Mühlenwerken in Bülbera bei Halle a. S. endete mit einem Erfolg der Arbeiter. Die Direktion verhandelte mit dem Streikkomitee unter Ausziehung des Verhandlungsgegenstandes und machte dabei Zugeständnisse, die von den Streikenden akzeptiert wurden. **Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma Brunz Jüdel, Maschinenfabrik in Guben, stehen die Dreher und Schlosser in Klindigung. Die Ursache der Differenzen bilde die Einführung einer neuen Arbeitsordnung. Nach dieser Arbeitsordnung sollen sich die Arbeiter verpflichten, Nebenstunden, sowie Sonntagsarbeit je nach Wunsch und ohne Aufschlag zu verrichten. Herr Jüdel verspricht zwar ehrenwörtlich, für Nebenstunden 10% Aufschlag zahlen zu wollen, doch verlangt er von jedem Arbeiter, daß er die von ihm vorgesehene Arbeitsordnung, in welcher ausdrücklich festgelegt ist, daß für Nebenstunden kein Aufschlag gezahlt wird, unterschreibe. Die Arbeiter haben das Ansuchen begrifflichweise abgelehnt; daraufhin ist einem Teil der Arbeiter gekündigt worden. Die Kündigungsbedingen haben sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärt und selbst die Klindigung erreicht. Bis zur Entscheidung der Differenzen ist der Zutritt nach genannter Firma fernzuhalten.

Briefkasten.
H. Schiltberg. Wenn Sie uns nicht die Nummer der gewünschten Zeitung angeben, können wir Ihren Wunsch nicht erfüllen. **K. N., Auerstraßenstr. 1.** Uns ist von dieser Verhandlung nichts bekannt. Wir kennen auch den Mann gar nicht. **Die „Vollmacht“** hat keine eigene Druckerei. **M. D., Weichstein.** Das Mietgeld kann auf den Lohn aufgerechnet werden. Die Kassenbeiträge dürfen nur für zwei Lohnzahlungsperioden in Abzug gebracht werden. Der vereinbarte Lohn muß gezahlt werden. Wenn das Zeugnis nicht wahrheitsgemäß erteilt ist, so muß eine Ränderung durch die Polizei veranlaßt werden. **P. J., Lomisch.** Die festgesetzte Steuerliste ist innerhalb Tage lang öffentlich auszuliegen und der Beginn der Auslegung in schriftlicher Weise bekannt zu machen. Steuern die länger als 3 Monate fällig sind, können vom Lohn gepfändet werden. Der Pfändungs- und Ueberreisungsbeschl. muß Sätzen mitgeteilt werden. **M. N. 2.** § 175 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt, daß wenn infolge der Schwangerschaft oder der Einbindung weitere Aufwendungen nötig werden, auch diese Kosten von dem Vater der Kinder zu erziehen sind. **Brüderstr. 9.** Auch für Sie gilt das oben Gesagte. Die Frau ist im Recht. **J. W., Rosenerstr. 8.** Zu 1. Ja. 2. und 3. können die nicht folgen. **H. D.** Ja, es wurde ein Nationalliberaler an Stelle des Konservalen gewählt. **C. 28.** Nur erhebliche Sachen können gepfändet werden. In 4 Jahren. Zum Termin müssen Sie erscheinen, sonst erg. Verschmähurteil. **M. 30. Brie.** Sie haben vor dem Standesbeamten eine Erklärung abgegeben; wann dies geschieht, ist gleichgültig. **J. P. P. 100.**